

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
27 (1913)**

135 (12.6.1913)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-580334](#)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Redaktion und Haupt-Expedition Büstringen, Peterstraße Nr. 20/22. Fernsprech-Anschluß Nr. 58. Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Uilmenstraße Nr. 24.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Voranzeigung für einen Monat einschließlich Beingerlohn 75 Pf., bei Schlußabholung von der Expedition 65 Pf., durch die Post bezogen vierfachlich 2,25 M., für zwei Monate 1,50 M., monatlich 75 Pf. einschließlich Beilegung.

Mit Unterhaltungs-Vorlage und dem Sonntagsblatt „Die Neue Welt“

Bei den Inferaten wird die schwachspalierte Bettizelle oder deren Raum für die Inferaten in Büstringen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie der Hallen mit 15 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inferaten 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzüge werden tags vorher erbeten. — Planbestimmungen unverbindlich. Reklamegeld 50 Pf.

27. Jahrgang.

Büstringen, Donnerstag den 12. Juni 1915.

Nr. 155.

Das Erbrecht des Staates.

Am Dienstag trat die Budgetkommission des Reichstages in die Beratung des Erbrechts des Staates ein. Der Staat soll gesetzlicher Erb werden, wenn Abstammungen von den Großeltern in der Seitenlinie oder Verwandte der vierten Erbabschöpfung oder der ferneren Ordnungen zur gleichen Erbschaft berufen sind. Die Regierung schaut die geläufige Einnahme aus dem Erbrecht des Staates auf 20 Millionen, von denen rund 15 Millionen dem Reich, der Rest den Bundesstaaten zufließen würden. Das Zentrum beantragte, das Erbrecht des Staates erst bei den Seitenverwandten der fünften Erbabschöpfung einzutreten zu lassen. Die Volkspartei lehnte, nur zu sagen, wenn Verwandte der vierten Erbabschöpfung zur Erfolglosigkeit berufen sind. — Schatzkanzler Rühm betonte, bei dem vorliegenden Entwurf sei für die Regierung in erster Linie der finanzielle Grund maßgebend gewesen und er hoffe, daß die Kommission dem auch Rechnung tragen werde. In einer Reihe europäischer und nichteuropäischer Staaten existiere bereits ein Erbrecht des Staates, wenn auch nicht in so weitgehender Weise, wie der Entwurf vorstellt. Bei den anderen Staaten sei aber das finanzielle Interesse auch ausschlaggebend gewesen. — Abg. Gröber griff den Entwurf ungemein scharf an. Das Zentrum werde versuchen, Anträge durchzudrücken, die verhindern, daß die 10 Millionen, die einzuholen sollen, für bauliche Uniformen und ähnliche Dinge ausgegeben werden. Behörde man das Erbrecht der Verwandten, dann müsse die daraus erzielte Einnahme auch für allgemeine nützliche Zwecke verwendet werden. Der Entwurf berüge auch die Gefahr in sich, daß Vermögen der im Ausland verstreuten Deutschen, die erbberedtige Verwandte nach dem Gelegetwurst nicht mehr haben, der deutschen Volkswirtschaft verloren gingen. Erklärte doch die Regierung in der Begründung des Entwurfs selbst, es sei mit der Möglichkeit zu rechnen, daß fremde Staaten sich des Nachlasses bemächtigen würden, falls der Entwurf Gesetzeskraft erlangte. Die Annahme der Regierung, unter den entfernten Verwandten beruhe der Hamiliusismus mehr, sei grundsätzlich falsch; aber dem so, dann müsse die Regierung alles tun, um den im Schwinden begriffenen Hamiliusismus zu heben und zu kräftigen, statt die Hände nach dem Erbe entfernter Verwandten auszustrecken. Bemerkenswert sei auch, daß der Adel von dem Erbrecht des Staates nicht betroffen werde, sondern nur die bürgerlichen Familien. Der Adel habe meistens gebundene Besitz in der Form des Fideikommisses, vor dem dann das Erbrecht des Staates Halt machen müsse. Das sei eine Ungerechtigkeit und eine nicht gutaussehende Ausnahmefeststellung des Adels. Wenn der Entwurf jetzt fordere, daß der Adel wohl den Onkel, nicht aber den Enkel des Neffen herbergen könne, so sei das nicht auszurechnen, auch nicht wenn der Schatzkanzler sage: ich brauche mehr Geld für den Kriegs- und den Marineminister! — Schatzkanzler Rühm betonte nochmals, daß die Regierungen nur deshalb in das Erbrecht eingreifen wollen, weil Geld eben dringend notwendig sei zur Befreiung der Rüstungsausgaben. Daß der Hamiliusismus durch das Erbrecht des Staates geschädigt werden könnte, müsse entschieden in Abrede gestellt werden. — Abg. Dertel begrüßte die Darlegungen Gröbers besonders, weil Gröber sich gegen das ganze Gesetz ausgesprochen habe. Die Konseriativen lehnen das Erbrecht des Staates grundsätzlich ab. Der Schatzkanzler habe den Entwurf nicht einmal zu verteidigen, sondern nur zu entschuldigen verucht. Wenn der Entwurf Gesetz werden sollte, würden die Konseriativen die Leute auf dem Lande drausen instruieren, wie und daß sie testieren sollten, obwohl dann die Einnahmen des Reichs auf ein Minimum herabgesunken wären. Die Haushaltssachen könnten auf andere Weise zur Lösung gebracht werden; die Konseriativen würden zur gegebenen Zeit schon mit entsprechenden Vorschlägen hervortreten, er (Dertel) sei aber nicht so dumm, jetzt schon die kommenden Vorschläge anzudeuten. Weil die Konseriativen grundsätzlich das Gesetz ablehnen würden, würden sie auch keine Änderungsanträge einbringen.

Genosse Südel umführte aus, der Entwurf könne doch unmöglich als ein Anfang zur Zerstörung des Privat-eigentums angesehen werden, oder als Schädigung des Hamiliusismus. Höchstens könnte gefragt werden, bestimmte Lustspielabschöpfungen würden geschädigt, die bei ihrer Fabrikation von Komödien gleichsam vom Erbstock gelehrt haben. Wenn die Konseriativen eine Agitation betreiben wollten, um die Leute anzuhalten, zu testieren, damit der Staat nichts erben könne, so führen sie vielleicht eine Verkürzung der Testierfreiheit herbei. Daran würden sich die bestehenden Abschlüsse mit der Zeit gewöhnen müssen, doch sie ein unbefriedigtes Verfassungsrecht über Besitz und Vermögen nicht immer haben würden, und doch ihnen zugunsten der Allgemeinen Belastungen auferlegt würden. Genosse Südel charakterisierte weiter den Hamiliusismus gerade der

bestehenden Klassen, der eine besonders ideelle Grundlage nicht aufweisse. Die Sozialdemokratie überhaupt die Bedeutung dieses schwächeren Entwurfs nicht, aber es sei ganz gut, wenn Gesetz vorgelegt werden, das der Allgemeinheit und nicht nur einzelnen Personen zugute kommen solle. Wenn das Zentrum die Sozialdemokratie durch den Hinweis auf den Verdienstzweck an seine Seite bringen wolle, werde ich dankbar sein. Die Sozialdemokratie habe bei der Militärvorlage durch praktische Anträge gezeigt, daß sie gegen die Uniforminfanteristen energisch vorgehen wolle; aber gerade Herr Gröber und das geläufige Zentrum hätten dabei verfehlt. Aus der Regierungsvorlage sei etwas brauchbares zu machen. Die Sozialdemokratie lehnte es aber ab, die Bestrebungen des Zentrums zu unterstützen, den Entwurf zu einer Fazette zu erhalten.

Abg. Dertel trat für den Entwurf ein. Sollte der zum § 1 gestellte Zentrumsantrag Annahme finden, monach der Staat erbt an die Stelle der Eltern fünfter Ordnung treten solle, dann könne ruhig auf die Weiterberufung als zwecklos verzichtet werden. — Abg. Graf Mielitz erklärte nominal der Polen, daß sie gegen den Entwurf stimmen würden. — Abg. Göthe in verteidigte gegen Zentrum und Konseriativ das Recht der Gesetzgebung, in die private Rechte und Verhältnisse jeder Art einzugreifen und sprach den Wunsch aus, daß es gelingen möge, das Erbrecht des Staates durchzuführen. Um übrigens werden die Volkspartei verhindern, eine stärkere Beeinträchtigung der Großeltern herbeizuführen. Die Volkspartei erklärte, daß sie ihren Antrag bis zur zweiten Lesung zurückstellen, worauf Abg. Gröber den volksparteilichen Antrag wieder aufnahm. — Genosse Daxi wies darauf hin, daß die Volkspartei nunmehr sehr lehnen könnten, welche Gefahr für das Gesetz ihr Antrag bedeutet, gegen den sie jetzt, nachdem er ein Antrag Gröber geworden sei, stimmen müssten. Wo bleibt der Hamiliusismus, wenn frumme Zentrumsleute ihre entfernten Verwandten zugunsten der Kirche entbergen? Solche Verhältnisse gegen den Hamiliusismus verteidigte oder das Zentrum, weil das „höhere“ Interesse der Kirche vorliege.

Der erste Zentrumsantrag, wie auch der durch das Zentrum aufgenommene volksparteiliche Antrag, wurde gegen die Stimmen des Zentrums, der Konseriativen und der Polen abgelehnt. Die Gesamtstimme über den § 1 der Regierungsvorlage wurde auf die nächste Sitzung vertagt, die Donnerstag abgehalten werden wird.

Politische Rundschau.

Büstringen, 11. Juni.

Die Dänen in Nordschleswig.

Über die Art, wie die Dänen in Nordschleswig den Kampf gegen die preußische Unterdrückungspolitik führen, wird uns von dort geschrieben:

Die Hauptwohnsitze der Dänen in diesem Kampf sind die drei großen Vereine: Sprachverein, Schulverein und Wahlverein. Jeder dieser Vereine unterhält ein dichtes Netz von Unterabteilungen und dadurch eine ständige und direkte Verbindung mit allen Schichten der Bevölkerung. Sie halten alljährlich gemeinsam ihre Generalversammlungen ab, in denen in voller Öffentlichkeit Reden gehalten werden. — Abg. Dertel begrüßte die Darlegungen Gröbers besonders, weil Gröber sich gegen das ganze Gesetz ausgesprochen habe. Die Konseriativen lehnen das Erbrecht des Staates grundsätzlich ab. Der Schatzkanzler habe den Entwurf nicht einmal zu verteidigen, sondern nur zu entschuldigen verucht. Wenn der Entwurf Gesetz werden sollte, würden die Konseriativen die Leute auf dem Lande drausen instruieren, wie und daß sie testieren sollten, obwohl dann die Einnahmen des Reichs auf ein Minimum herabgesunken wären. Die Haushaltssachen könnten auf andere Weise zur Lösung gebracht werden; die Konseriativen würden zur gegebenen Zeit schon mit entsprechenden Vorschlägen hervortreten, er (Dertel) sei aber nicht so dumm, jetzt schon die kommenden Vorschläge anzudeuten. Weil die Konseriativen grundsätzlich das Gesetz ablehnen würden, würden sie auch keine Änderungsanträge einbringen.

Das diesjährige Meeting fand am Sonnabend und Sonntag in Predebro statt und nahm seinen Anfang mit der Generalversammlung des Sprachvereins. Dieser hat in den 32 Jahren seines Bestehens zur Erhaltung dänischer Kultur Staatswerte geleistet. Seine Tätigkeit liegt auf geistigem Gebiet, sie besteht in der Verbreitung dänischer Literatur durch Errichtung und Unterhaltung von Volksbibliotheken. Von solchen unterhält er gegenwärtig 182, die über den ganzen Landesteil zerstreut liegen und in ständiger Verbindung mit einer großen Zentralbibliothek stehen.

Der Schulverein macht sich der dänischen Verbesserung dadurch nützlich, daß er durch Unterstützungen verschiedener Art jungen Norddeutschern den Besuch reichsdänischer Volksschulen und Hochbildungsinstitute ermöglicht.

Die Tätigkeit des Wahlvereins liegt auf politischem Gebiet. Er erledigt die Vorarbeiten und betreibt die Agitation für jede Wahl zu einer gelegenen Niederpräsidentenwahl, zum Reichstag, Landtag sowie zu den Stadt- und Gemeindewahlen. Und doch er seine Sache versteht, haben die leichten Landtagswahlen gezeigt.

Nach den Generalverhandlungen hielt Reichstagsabgeordnete Ponson einen Vortrag über die politischen Ereignisse der letzten Zeit unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses in Nordschleswig. Den Schluss der Tagung bildete eine große Volksversammlung, in der 4500 Personen anwesend waren. Zur allgemeinen nahm die Zuhörer ein einen breiten Verlauf. Sie hat gezeigt, daß das Dänentum sich auf der ganzen Linie in der Entwicklung befindet, trotz der Zwangspolitik der preußischen Administration und der hauptsächlichen Bestrebungen der sogenannten Nordmarkpatrioten.

Deutsches Reich.

Das Wahlurnengesetz. Im „Reichsanzeiger“ vom Dienstag wird die Änderung des Reichstagswahlreglements in folgender Fassung bekannt gegeben: I. § 11 Absatz 2 des Wahlreglements vom 28. Mai 1870 (Bundesgesetzblatt S. 27) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. April 1903 (Bundesgesetzblatt S. 202) erhält die nachstehende Fassung: An jedem Tisch wird ein verdecktes Schätz (Wahlurne) zum Hineinlegen der Stimmzettel gestellt. Die Wahlurne muß vierzig sein, im Innern gemeinsam muß ihre Höhe mindestens 90 Centimeter und der Abstand jeder Wand von der gegenüberliegenden Wand mindestens 35 Centimeter betragen. Am Deckel muß die Wahlurne einen Spalt haben, der nicht breiter als 2 Centimeter sein darf, und durch den die Umschläge mit den Stimmzetteln hineingelegt werden müssen. Vor dem Beginn der Abstimmung darf sich der Wahlvorstand davon überzeugen, daß die Wahlurne leer ist. Von da ab bis zur Herausnahme der Urnenschäfte mit der Stimmzettel nach Schluß der Abstimmung darf die Wahlurne nicht wieder geöffnet werden. 2. Absatz 4 der Anlage B zum Wahlreglement erhält die nachstehende Fassung: An den Tischen wird ein vierziges Schätz mit Deckel zum Hineinlegen der Stimmzettel (Wahlurne) gestellt. Der Wahlvorstand stellt fest, daß die Höhe der Wahlurne, im Innern gemeinsam . . . Centimeter, der Abstand jeder Wand von der gegenüberliegenden Wand . . . Centimeter und die Breite des Spaltes im Deckel der Urne . . . Centimeter betrug, und schloß die Wahlurne durch Auflegen des Deckels, nachdem er sich überzeugt hatte, daß sie leer war. Die Wahlurne wurde bis zum Schluß der Abstimmung nicht wieder geöffnet.

Die Regierung und die Deklarationsfrage. Nach einer Mitteilung der „Täglichen Rundschau“ hat eine vertrauliche Befragung unter den Verbündeten Regierungen stattgefunden, um eine Stellungnahme zur Reichsvermögenssteuer herbeizuführen. Das Ergebnis der vertraulichen Befragung war eine fast einstimmige Ablehnung des Gedankens, der Einführung einer Reichsvermögenssteuer zu zustimmen. Die Mehrheit der Verbündeten Regierungen steht — nach derzeitigen Quellen — auf dem Standpunkt, daß die Deklarung der dauernden Ausgaben entweder durch ein Jurisdictio auf die Regierungsvorlage, wobei auch weitgehende Abänderungen vorgenommen werden könnten, oder durch Einführung des Erbanfallsteuer gefunden werden muss. Wenn der Reichstag die Erbanfallsteuer beschließt, so wird sie der Bundesrat zwangsläufig annehmen, allerdings unter der Voraussetzung, daß sich die Befürworter des Reichstages in ihren Grundzügen an die Regierungsvorlage vom Jahre 1908 anlehnen.

Das Kinderlängsgesetz abgelehnt. Die von dem Reichstag eingesetzte Kommission zur Beratung des Gesetzesentschlusses über Kinderlängsgesetze hat am Dienstag den Regierungsvorlagenentwurf abgelehnt, da der Entwurf von seiner Seite Zustimmung fand. Außerdem bereits in der vorangegangenen Sitzung die Abg. Küble (Soz.) und Sir (Zentrum) in längeren sachlichen Ausführungen die Unbillbarkeit und Unbedürftbarkeit des Gesetzes überzeugend nachgewiesen hatten, was sich die Kommission für geworden, daß vom Boden der Regierungsvorlage aus an ein Zustimmen kommt des Gesetzes nicht mehr zu denken war. Am Dienstag wurde daher der § 1 der Vorlage abgelehnt und damit war das Saugflaschengesetz erledigt.

Der Hansabund hielt am Dienstag eine Gehantausübung ab. Der Vorsitzende des Hansabundes, Dr. Nieker, sprach sich in seiner Einleitungrede mit günstiger Entscheidung für die Einführung eines solchen Wahlrechts aus. Die Einführung eines solchen Wahlrechts sei nicht nur die Pflicht der Regierung, sondern ein nobile officium der Krone, die die Einführung dieses einzigen gerechten Wahlrechts vor mehreren Jahren in feierlicher Weise verbitten habe. Der Steuerfrosch berührte Nieker, daß der Hansabund an der Besitz- und Erbfolgesteuer festhalte; besonders in der Erbfolgesteuerfrage kenne er kein Kompromiß, da



müsste ganze Arbeit geleistet werden. Es sei aber auch notwendig, daß alle Privilegien und Sonderrechte abgeschafft würden. Es müsse darin kommen, daß nicht nach den Vorrechten der Geburt die Stellungen im Staate vergeben werden, den Tüchtigsten gebürt der Einfluß im öffentlichen Leben. — Hoffentlich lassen es die Hansestädter nun endlich nicht nur bei großen Worten bewenden, sondern helfen auch praktisch mit schaffen, daß die hier aufgestellten Ziele erreicht werden.

Das Projekt eines Rhein-Nordsee-Kanals ist in seinem Vorstudium etwas weiter gerückt. Die Reichsregierung hat, im weiteren unter hannoversches Verteilung, die Prüfung der Frage des Rhein-Nordsee-Kanals beendet und die Provinzialbehörden um Gutachten erlaubt. Diese sind lärmend eingelaufen. Der Oberpräsident der Provinz Hannover weist besonders auf die gewaltige wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung des Unternehmens hin, da der Kanal für Hannover habe. Die Reichsregierung wird zur Schaffung einer direkten Verbindung zwischen Rhein und Nordsee geeignete höhere Beamte zur Verfügung stellen. Ob eine Zukunft zu den Vorarbeiten bewilligt wird, steht noch nicht fest. Es verlautet dazu, daß die Regierung befürchtet, ein Projekt zu befürworten, das für den großen Schiffsverkehrsweg 4% Meter Tiefe vorstellt.

Zentrum und Eisbrecher. Unter der Überschrift „Lieb Vaterland, magst ruhig sein!“ registriert das Wormser Zentrumsblatt, die „Wormser Nachrichten“ in seiner Nummer vom Freitag den 6. Juni einige für sie „sehr erfreuliche Mitteilungen“. So erregt es die Freude des frischen Blattes, daß in London ein französischer Torpedoboots-Jäger einen Unfall erlitten hat, indem ein Dampftreiber explodiert ist, wodurch die Walfische beschädigt und zwei Matrosen schwer verletzt wurden; außerdem daß es in der Walfabrik zu Angoulême (Frankreich) zu Differenzen zwischen Arbeitern und Leitung wegen der mangelnden Schworwürdigungen gekommen ist.

Das französische Christenblatt „Schlicht freudig erregt: Einzelheiten solcher Art können in jedem Land vorkommen. In Frankreich dürfen sie sich aber mit solider Schnelligkeit, daß man bei uns daraus ohne Sorge das angenehme Gefühl schwabende Verhübung herleiten darf.“

Abgesehen von der abgrundtiefen Arbeit der Erinnerung, die in dieser zweitlängsten Freude über die Unglücksfälle zum Ausdruck kommt, wäre wohl die Frage angebracht, ob dieses „angenehme Gefühl schwabender Verhübung“ das Zentrum nicht veranlassen sollte, gegen die Wehrvorlage zu stimmen. Es kann doch keine Notwendigkeit bestehen, gegen einen so vollständig verfolgten „Erbeind“ weiterhunderttausende Soldaten auf die Beine zu stellen.

Wie der Militarismus mit Menschen spielt. In diesen Tagen, in denen das deutsche Volk in noch größeres Maßstabe als bisher der sozialen Kultur unterworfen werden soll, zeigt der Militarismus sich in seiner ganzen brutalen Rücksichtlosigkeit, die sogar über Reihen hinweggeht. Es ist fast, als ob die Vertreter des militärischen Systems mit besonderem Trost aufruften wollten, um zu zeigen, wie wenig sie sich um das Wohl der Söhne des Volkes und die Vollkommnung kümmern. Auf dem Truppenübungsplatz Anns haben in den letzten beiden Tagen Manöver stattgefunden, die eine große Anzahl Tedesker gefordert und für sehr viele Soldaten schwere Gewundshärtigungen nach sich gezaubert haben. Der in Bromberg erscheinenden „Ostdeutschen Rundschau“, also seinem sozialdemokratischen „Heimatblatt“, wird darüber „von geschrägter Seite“ geschrieben:

„Selbstmord haben von 2. bis einschließlich 4. Juni hier auf dem Truppenübungsplatz selbst zwei Geschehen: Bei diesen Manövern wurden an die Mannschaften überwältigende Anforderungen gestellt. Zwischen die Truppen, wie das Inf.-Reg. 148, eine 150ständige Wachposte zur Nachschublinie hielten, wurde sofort nach Ankunft ein längerer Marsch von fast 90 Kilometern mit vollem Gerät angeordnet. Bereits am diesem Tage gab es eine Reihe Untergänge. Am zweiten Manövertag, also Dienstag, fanden nach einem längeren Anmarsch auf dem Truppenübungsplatz selber zwei Geschehen statt, bei denen ganz ungemeine Verluste eintreten. Nicht weniger als 900 Männer waren in der Division Skoplje, Das 148. Inf.-Reg. dazu allein vier Tote und eine Reihe schwerer Erkrankter. Am nächsten Tag von diesem Regiment die 6. Kompanie, die am dritten Manövertag nur mit etwas mehr als einem Viertel der Normalliste antreten konnte. Auch das Inf.-Reg. 152 hat einige Tote.“

Die ungewöhnlich hohen Verluste müssen einmal auf die isolierte Höhe des neuen geheimnisvollen Ortes Göttingen in Sachsen, dann auf die sehr hohen Anforderungen und nicht zuletzt auf einen Mangel in der Versorgung zurückgeführt werden.

Die Verdienstlosigkeit der vier Tote des 148. Regiments hat heute unter militärischen Ehren in Neu-Orleans festgestanden.

„Nach all den bisherigen Erfahrungen ist Jes ganz zwecklos, eine strenge Unterordnung und eine Bestrafung der Schuldbigen zu verlangen. Wir hören schon jetzt den Amtsminister, falls der Fall im Reichstag zur Sprache kommt, ein paar Redensarten über „angländische Umstände“, „Umgest der Bitterung“ usw. kommen. An den ersten Willen, solche oder andere Angabeuerlichkeit zu vermeiden, glauben wir schon lange nicht mehr, sie liegen zu tief im militärischen System begründet. Dogmen gibt es nur ein Mittel: das Volk muss in seiner Mehrheit voll gerechter Entrüstung dieses Systems mit einem kräftigen Auf von sich werfen. Solange das nicht der Fall ist, solange das stehende Heer in seiner heutigen Stellung nicht einem auf demokratischer und sozialer Grundlage aufgebauten Militärsystem Platz gemacht hat, wird die privilegierte Offizierskaste mit Nichtachtung auf die ihnen überantworteten „Kris“ und das Volksempfinden verhindern.

Verteuerung des Gewerkschaftskartells. In Sachsen, wo die Beteuerung der Streit- und Arbeitslosenunterstützung aus gewerkschaftlichen Mitteln seit Jahren als gelegentlich zulässig geheißen wird, hat der Steuerfahndung eine neue Steuerwaage entdeckt — die Kosten der Gewerkschaftskarte. Die Steuerbehörde in Plauen i. B. soll den neuen Weg der Beteuerung von Gewerkschaftsgeldern ausprobieren; sie hat zu diesem Zweck das Gewerkschaftskartell für ein selbständiges „Unternehmen“ erklärt und mit einem Einkommen von jährlich 1900—2200 Mark veranlagt. Wie

man dieses Einkommen errechnet hat, ist vollkommen schleierhaft. Das Kartell soll 96 Mark Staatssteuern und 45,60 Mark Kommunalsteuer bezahlen. Natürlich weigert sich das Gewerkschaftskartell Plauen, die Steuern zu zahlen.

Ob die erhobene Reklamation des Kartells von der Einschätzungscommission berücksichtigt wird, scheint freilich zweifelhaft; es hat den Archein, als ob Plauen den Vorstoß nun macht, um vom Oberverwaltungsgericht die Steuerpflicht der Gewerkschaftskarte feststellen zu lassen.

Kriegsvereins-Terrorismus. Dem Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei in Potsdam in Oberhessen trug folgendes Schreiben zu:

„H. H. Durch Regeleitung des hiesigen Kameradenvereins bin ich gerufen, Ihnen mitzuteilen, daß ich Ihnen mein Wahlergebnis bin, während in zwei weiteren Vorstädten die dem Gewerkschaftskartell in Bredenbach standende Belastung der Gemeinden und Städte gewidmet werden soll, was ich als alter Wachtmeister vermeiden muß. Dieserart keine Gewalt, als Güte sind Sie mir sehr willkommen.“

„Mit bestem Gruß an Sie.“ — Emil Wagner.

Es ist immer das alte Lied. — Terrorismus und Geschäftsschädigung verüben nur die Sozialdemokraten!

Bulgarien.

Die Heeresvorlage. Aus Brüssel wird unter dem gestrigen Datum gemeldet: Der Senat begann heute die Beratung der Heeresreform. Der Ministerpräsident erklärte, daß die Vorlage eine einmalige Ausgabe von 284 Millionen Francs notwendig mache, die durch eine Anteile gedeckt werden soll.

Rußland

Die Opposition ist vogelfrei. Während die Konferenz der konstitutionell-demokratischen Dumaaktion mit den Delegierten sozialistischer Parteigruppen in der Provinz eröffnete, vorgestellt die Polizei, löste die Versammlung auf und stellte die Namen der Teilnehmer fest. Den Vereinen nach will der Minister des Inneren Maßnahmen derartigen Versammlungen gegenüber eine härtere Praxis einschlagen, als sie seit Stolwicks Zeiten bestanden hat. Der Duma-Präsident wird gegen die Auflösung der Versammlung Protest einlegen. Die Mafregel erregt großes Aufsehen, das bisher die Regierung die Arbeiter der Fraktionen nicht getestet hatte. Die Regierung wird offenbar das bestehende Verbot, sich im Lande zur Oppositionspartei zusammenzuschließen, auch auf die Glieder der Fraktionen in der Duma ausdehnen.

Italien.

Die griechischen Inseln. Von allen Kriegen der neueren Zeit hat keiner deutlicher den Charakter des vom Raum gebrochenen Raubzuges getragen, als der Einfall der Italiener in Tripolis. Wie wenig die Bevölkerung des Landes auch nach seiner Aufgabe durch die Türken von der Herrschaft des Eindringlings und seiner mitgebrachten „Kultur“ wissen will, beweist ihr zäher Widerstand, der noch in der letzten Zeit zu kämpfen gehabt hat, die denen des offiziellen Krieges kaum nachstanden. Noch deutlicher wird diese Abwesenheit jeder Kulturmission gekennzeichnet durch das Verhalten der Italiener auf den von ihnen besetzten Inseln des Ägäischen Meeres. Das Nationalprinzip, dem Italien seine Wiederherstellung vor einem halben Jahrzehnt schuldet, müßte ihre Abtreibung an Griechenland fordern. Dann, wie A. Iles im „Peuple“ feststellt, sind von den rund 400 000 Einwohnern des Archipels 360 000 Griechen reiner Rasse, 25 000 sind Moslem im verschiedensten Alters, einige tausend Juden und Armenier und etwa 5000 Fremde. Aber Italien macht noch keine Miene, die Inseln, deren Besetzung nur ein Drahtmittel zur Räumung von Tripolis batte, sein sollen, aufzugeben.

Vielmehr wendet es die brutalsten Mittel zur Riederschaltung der Bevölkerung an. Wie Iles mitteilt, hat der Generalrat der Insel Rhodos bei dem italienischen General Schederhofer über das provozierende Verhalten einiger Offiziere und Mannschaften geführt. Die Antwort war eine Anklage gegen den alten Gymnalfoprofessor Porfrios wegen „Aufwiegung“. Der alte Mann wurde in der Schule verhaftet, ins Gefängnis gesetzt, zwei Tage eingesperrt und dann aus seiner Heimat ausgewiesen. — Zwei griechische Lehrer, die sich nach Osten zu einer Versammlung begeben hatten, wurden verhaftet unter der Verdächtigung, sozialistische Tendenzen verbreitet und gegen die Italiener aufgerichtet zu haben. Die Hof war wie die Porfrios sehr hart — sie blieben zwei Tage ohne Nahrung — dann wurden sie ins General unter beständigen Drohungen entlassen. — Im Dorfe Archagoi hatten die Einwohner ihren Vorsteher, ein Werfzog der Italiener, durch einen ehemaligen Mann erschlagen. Der Eroberer lob darin eine Empörung und verhastete den ganzen Kreis angeliebener Bewohner. Ende Mai waren sie noch in Halt. Als Bekämpfung ihrer vorläufigen Freilösung wurde Zahlung von 100 Lire gefordert!

Tobi ist von einer Kulturmision hier überhaupt keine Rede. Die Griechen der Inseln haben auf eigene Hand eine Kultur geschaffen, um die weite Teile Italiens sie bedienen dürfen. So unterhalten die 20 000 Griechen der Insel Rhodos (cau 2000 Türken, 1000 Juden) aus eigenen Mitteln 57 Volksschulen, davon 20 Mädchenschulen, und ein Gymnasium, 80 Lehrer und 35 Lehrerinnen unterrichten 3000 Kinder, wovon 1100 Mädchens. Die Kosten, 3000 Pfund (55 000 Mark), werden von den Griechen ohne Regierungszahlung aufgebracht. Ebenso ist auf den anderen Inseln, die aus öffentlichen Beitragern unterhalten werden und unentgeltlich funktionieren. — Wie viel wichtiger wäre es für Italien, seine Sudprovinzen auf ein gleiches Kulturniveau zu erheben, als eine derart rücksichtslose Unterdrückungspolitik zu betreiben.

Pontos.

Ein Attentat. Auf Sizilien wird berichtet: Die Gedächtnissfeier für den Dichter Camoes, die in der Hauptstadt gestern unter großer Beteiligung gefeiert wurde, begann mit einem Festzug, der sich zum Denkmal des Dichters bewegte. In dem Augenblick, als der Zug sich die Rue Carmo hinaufbewegte, explodierte auf dem Don Pedroplatz eine Bombe. Eine Person soll getötet worden sein. Die Bevölkerung, darüber erbittert, zerstörte den Kiosk auf dem Don Pedroplatz, in dem sich, wie man sagt, gewisse Anhänger zu versammeln pflegen. Mehrere Verhaftungen sind vorgenommen worden. Ein späteres Telegramm meldet: Durch die Bombenexplosion auf dem Don Pedroplatz wurde der Urheber derselben selbst am Stein verletzt. Man fand ihn auf dem Platz. Er erklärte, er habe Selbstmord begangen wollen. Unter den durch die Bombenexplosion Verwundeten befinden sich 34 Winderjährige und ein Kind. Alle wurden ins Krankenhaus gebracht.

Politische Notizen. Der preußische Stadtdtag, der vorausichtlich am 6. und 7. Oktober in Breslau stattfinden wird, soll sich mit dem preußischen Wohnungsgesetzentwurf beschäftigen. Tel Vorstöße werden die einzelnen Teile des Gesetzesentwurfs behandeln, während in zwei weiteren Vorstädten die dem Gewerkschaftskartell in Bredenbach standende Belastung der Gemeinden und Städte gewidmet werden soll. — Der Vorsteher des Landesverbandes der nationalliberalen Partei im Fürstentum Waldeck-Pyrmont veröffentlicht ein Telegramm des gehobtschützenden Staates des nationalliberalen Zentralverbands, in dem empfohlen wird, bei der Reichstagswahl die Wahl des Herrn Dr. Naumann zu unterstützen. — In Warlich soll der russische Generalsabschluß Augustus wegen Spionage angesehen werden, der verschwommen worden sein. Man behauptet, er habe seit dem Jahre 1900 Mitglied der russischen Nobilitierungsschule in Odessa gewesen. Eine Erklärung dieser Melioration von anderer Seite ist bisher nicht zu erlangen gewesen. Gestern nachmittag wurde in Königsberg ein Obersturmführer des dritten Kavallerieregiments wegen militärischer Verschlägen in Haft genommen. Über die Art dieser „Verschlägen“ wird an den zuständigen Stellen strengstes Stillschweigen gewahrt. Wie jedoch mit Bestimmtheit verlautet, handelt es sich um einen Fall von Spionage.

Vom Balkan

Bulgarien und Serben. Am Sofia (Bulgarien) wird gemeinsam: Das Regierungsbüro. Wie liegt in Beziehung der Galtung Serbiens? Die Serben jagen den Krieg. Unter diesen Umständen bleibt für Bulgarien ein Mittelpunkt nicht mehr übrig. Die bulgarische Regierung muss unverzüglich die Rücknahme der Gebiete der nicht befreiteten Serben verlangen und muß bis zur Fällung des Schiedspruches in alle örtlichen der bestreiteten Zone Truppen entenden, die den serbischen Aufstand entsprechen.

Der Danest ist mit der Kabinettbildung, die, wie wir längst mitteilten, eine Krise durchmacht, beauftragt worden. **Belgrad**, 10. Juni. Gestern fand ein mehrstündiger Ministerrat statt, dem auch der hier eingetroffene französische Gesandte in Sofia Spasowitsch sowie der mit Sonderung aus Neßküß eingetroffene Generalsabschluß Gutniß bewohnten. Wie verlautet, wurde von dem Ministerrat der Text der Rote redigiert, durch welche von der bulgarischen Regierung eine blindige Antwort verlangt wird, ob sie der Resolution des serbisch-bulgarischen Bündnisvertrages zustimmt oder nicht.

Parteinachrichten

Einer von der ganz alten Garde. Der Schlosser Paul Friedrich in Breslau ist dort gestorben. Friedrich gehörte mit zu den wenigen noch am Leben befindlichen Gründern der sozialdemokratischen Silesauer Arbeiterbewegung. Er war Teilnehmer der Gründungsversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Jahre 1868 und war auch einer der ersten Befürworter der Bewegung am Ort, die er auch in späterer Zeit verbreitete. Im großen Breslauer Gewerbeimbundspatrozess von Jahre 1878 wurde er mit vielen anderen Genossen, die schon längst der Führe Rufen deute, in längster Gefängnisstrafe verurteilt. Bis zum Fall des Schondgesetzes mußte sich Friedrich aus Sorge um seine Freiheit vom Parteileben zurückziehen; zum Teil mußte er seinen Lebensunterhalt im Ausland suchen, weil die bürgerlich-kapitalistischen Machthaber ihm in der Heimat jeden Dienstleistung verboten. Nach seiner Entlassung in die Heimat und nach dem Fall des Sozialistengesetzes nahm Friedrich seine Tätigkeit für die Partei wieder auf. Seine Parteiveranstaltung fand statt, an der er nicht teilnahm, möchten auch die mehrmals verurteilten Körperkräfte immer mehr schwärmen. Der Schwerpunkt lag es sich selbst nicht einmal nehmen, an der Währinger Gründungsfeier der Partei noch teilzunehmen. Die Breslauer Genossen ehnten das Alter der alten braven Kämpfer für die Arbeitersiedlung in der würdigsten Weise.

Aus den Organisationen. Der Wahlverein für Teltow-Storkow-Charlottenburg hat seinen Geschäftsbericht veröffentlicht. Die Mitgliedszahl ist um 398 auf 33 253 gestiegen. Der Wahlkreis umfaßt 13 Städte, 259 Dörfer und 231 Gutsbezirke. Die Wahlkreisorganisation legt sich aus 32 Bezirksvereinen zusammen. 43 Bezirkvereine haben insgesamt 6939 weibliche Mitglieder, nur in 9 Vereinen ist es nicht gelungen, weibliche Mitglieder zu gewinnen. Die Aktivität hat sich auch in der Berichtszeit nicht wesentlich vermehrt; 2346 Mitglieder sind verhogen und 3211 müssen wegen restierender Beiträge gestrichen werden. Aufgenommen und zugewogen sind 5992. Die Parteipresse hat 39 956 Abonnenten im Kreise. In 7 Städten sind 82 sozialdemokratische Stadtverordnete, in 52 Landgemeinden 151 Gemeindevertreter. Aus dem Bericht des Kreis-Bildungsausschusses ist zu entnehmen, daß in 33 Orten 26 Bildungsausschüsse bestehen. Es haben 23 Städte mit 100 Vorträgen in 18 Orten stattgefunden, an denen sich 2134 Genossen beteiligen. In 20 Orten wurden 26 wissenschaftliche Einzelvorträge abgehalten. Die Kreisorganisation hat für ihre Bildungswerke einen eigenen Rundschlagsapparat beauftragt, der den Orten gegen eine geringe Leibgebühr zur Verfügung gestellt wird. Vorträge durch Musen, Jugendchristen-Ausstellungen und verschiedene künstlerische Veranstaltungen wurden ausgeführt. Die örtlichen Bibliotheken haben insgesamt einen Bücherschatz von 15 143 Bänden.

Die Generalversammlung des Wahlkreises Teltow-Storkow-Charlottenburg wurde am 8. d. Monats in Charlottenburg abgehalten. Anwesend waren 175 Genossen aus 49 Orten. Die Generalversammlung

lung beschloß auf Antrag des Vorstandes, alle Vierteljahre eine Zusammenkunft der Wahlvereinsvorsitzenden abzuhalten, um eine engere Führung zwischen Centralvorstand und den Kreisvorständen herzustellen. Außerdem soll der nächsten Generalversammlung ein Neorganisationsplan unterbreitet werden. Für Zusätze zu Vortragsstunden und wissenschaftlichen Einzelvorträgen und zur Aufführung von Jugendtheatern für Wanderausstellungen wurden 1000 Mark benötigt. Anteile des Genossen Paul Hirsch, der sein Amt als erster Vorstehender des Kreiswahlvereins wegen Arbeitsüberfordernis niedergelegt, wurde Genosse Thuro gewählt. — Ferner wurde ein Antrag an die Verbunderversammlung von Groß-Berlin gestellt, in dem die Veröffentlichung der Verteidigungsrede Vorstandes im Mitteilungsblatt der Wahlvereine Groß-Berlins gefordert wird, weil im letzten Mitteilungsblatt des Berichts der Unterforschungskommission gegen Vorstandt wörtlich abgedruckt worden ist.

Eröffnung eines Volkshauses in Königsberg i. Pr.
Ein seit Jahren erwartetes Ziel der Königsberger organisierten Arbeiterschaft soll nunmehr verwirklicht werden. Die Volksbankgesellschaft hat ein großes Grundstück mit Garten am Schloßplatz der schönen Stelle Königsbergs, erworben. Hier soll ein großes Gebäude für die Büros der Gewerkschaften und für eine moderne Druckerei, sowie ein Saal für 1800 Personen errichtet werden.

Lokales.

Rüstringen, 11. Juni.

Nachlässe zur Staatsberatung.

Die Beratung der Vorstandsmitglieder der Einnahmen und Ausgaben der Stadtlofts ist an einem Tage beendet worden, schneller als man erwarten durfte. Die gründliche Beratung aller Abteilungen und Positionen im Finanzabschluß hat zu dieser schnellen Erledigung beigetragen. Wenn das Mittel gefunden ist, in Zukunft die Nachlässe in den Büros so früh fertigzustellen, daß sie so rechtzeitig vom Magistrat, den Schulbehörden und den Finanzbehörden durchgesehen werden können, so wird anfangs Mai der Stadtrat den Haushalt feststellen können. Die Zeit des Experimentierens um die beste Form der Aufstellung der Vorstandsmitglieder dürfte ja nun vorbei sein. Sollte die Verzögerung von diesemmal nicht wiederkehren, dann können eigentlich nur Gegenjähre innerhalb des Verwaltungsbetriebes schuld daran sein. Wenn Kämmerei und Rechnungsbüroteam Hand in Hand arbeiten, können solche freilich nicht auftreten. Treten sie jedoch zutage, so ist es Aufgabe des Magistrats, dieselben rücksichtslos zu unterdrücken.

Man mußte erwarten, daß die Widerstände des Stadtrates, welche ihren Rechtfertigungen in den Haushaltbereichen und den Bürgervereinen Gemeindewohl haben, kurz und viel kritischer würden. Man mußte erwarten, daß sie den Verlust machen, die Zuschläge zum Grund und Gebäudesteuer zu erhöhen. Richtig ist erfolgt. Die freien Darlegungen des Bürgermeisters über das Verwaltungsgeschehen und die Finanzlage gab der Widerstand aber so gut wie keine Angriffsfläche.

Die Generaldebatte drehte sich daher mehr um höherstrebende Fragen. Die Konsolidierung des Finanzwesens bei möglichster Höhengleichheit der Steuern mit Wilhelmshaven, Beobachtung der Wohnungsnutzung und Fürsorge für die Volksküche. In dieser Debatte kam der Herr Bürgermeister wieder mit seinem Plan, eine steuerliche Entlastung durch Einführung von indirekten Steuern herbeizuführen. Die Gegnerlichkeit gegen solche wurde von einem Redner der Mehrheit des Stadtrats zum Ausdruck gebracht. Wir können heute das Für und Wider nicht erforschend behandeln, sondern wollen nur bemerken, daß die Gemeindebürgerschaft, die hinter der Stadtratsmehrheit steht, sich nicht auf den bequemen Standpunkt des Herrn Bürgermeisters stellen kann und auch nicht stellen wird. Der Herr Bürgermeister will mit der Stadtratsmehrheit die Biersteuer haben. Die Mehrheit kann darin nicht folgen, weil sie in der Stadt das nicht einführen kann, was sie im Reiche befürwortet. Sie kann die Biersteuer nicht einführen in einer Situation, wo sie in Wilhelmshaven erschüttert ist. Sie kann eine Steuer nicht einführen, die in ungerechter Weise nur die Wirtschaft trifft, also eine kleine Anzahl Gemeindebürgers. Das Gros der Stadtbürgers hält nun einmal die Zuschläge zur Einnahmensteuer für das gerechte Steuerrecht und es ist es auch.

Rüstringen würde, wenn es den Steuerplan des Herrn Bürgermeisters ausführte, die erste Stadt im Herzogtum sein, die indirekte Steuern auf Gehüttmittel einführt. Auf den Ruhm kann Rüstringen gern verzichten. Wenn der Herr Bürgermeister meint, daß die Angst vor der Pleite den Stadtrat schon mürbe machen wird, daß der steigende Finanzbedarf die indirekten Steuern dem Stadtrat schon schmackhaft machen wird, so durfte der Herr Bürgermeister sich täuschen. Der Stadtrat wird dann eben mit der Bewilligung von Ausgaben sich nach der direkten Steuerkraft einrichten und dafür sorgen müssen, daß die Gefahr nicht herausbeschwert wird. Ein andermal darüber noch ein Mehreres.

Der Bürgerverein Rüstringen hielt am Sonnabend bei Herrn Gills, „Wanderlust“, in Neuengroden seine Monatsversammlung ab. Aufgenommen wurden 6 neue Mitglieder. Danach wurde von einem Stadtratsmitglied der Bericht über die letzten Stadtratsitzungen gegeben, an die sich eine lebhafte Diskussion anschloß. Aus der Versammlung heraus kam zum Ausdruck, daß das 8-Jahreslandesamt Neuengroden nicht die Erwartungen entspricht. Um für minderbemittelte, kinderreiche Familien billige und geräumige Wohnungen zu schaffen, müßte zweckdienlicher gebaut werden. Weiter wurde gefordert, daß die Stadt die Baugenossenschaften mehr wie bisher unterstützen möge, um auch unbemittelten Familien geeignete Wohnungen geben zu können. Besoldeten wurde auch, die Kaiserliche Werft zu ersuchen, in diesem Jahre keine Wohnung in der Banter Kolonie mehr räumen zu

lassen. Von den Vertretern des Stadtgebietes wurde gewünscht, daß die Ausbeinondersetzung für die einstimmung gewählt sei, bald erfolge. Begrußt wurde, daß bei den Centralanlagen eine Markthalle für die Ablösung der Wochenmarkte vorgesehen sei. Bedauert wurde dagegen, daß das südliche Baugelände bedeutend im Preis gestiegen sei und daß Leute, die im Neuengroden bauen wollen, abgewiesen und nur noch auf das Osteinige Gelände am Stadtport verweisen werden. Es wurde dann noch das Zusammenlegen der ersten Volksstädte gestellt und auf Gütern, die dabei vermieden werden könnten, hingewiesen. Zum Schlus wurde auf die Anstellungsbedingungen der Straßebahnangestellten eingegangen und das anwefende Stadtratsmitglied beauftragt, dafür einzutreten, daß festgestellt wird, ob es wahr ist, daß bei einem Gehalt von 90–95 Mark den Schichtarbeitsneben dem Altersbedarfszug von 5 Mark in den ersten Monaten noch bis zu 35 Mark für die Ration abgezogen wird.

Der Bürgerverein Heppens (Süd. Teil) hielt am Sonnabend eine gut besuchte Monatsversammlung im Vereinslokal (Dekra) ab. Nach der Beitragsschaltung fanden vier Aufnahmen statt. Sobald wurde in einer langen Debatte die Wohnungfrage abermals besprochen. Die Versammlung tadelte es, daß die Stadtverwaltung in der Sache nicht mehr getan hat und muß es auf deren Konto schreiben, daß zahlreiche langjährige Rüstringer Steuerzahler gezwingt wurden, ihren Wohnsitz nach auswärts zu verlegen. Berügt wurden solche Rüstringer, wie sie ein Beamter einen Wohnung suchenden Gemeindebürgern gegeben haben soll. Es steht ihm noch Nordenhausen verweisen haben, dort seien die Wohnungen billiger. Die Verwaltung mißbilligte ferner, daß die Stadtverwaltung bei dem jüngsten Wohnungsangebot nicht von dem Typ des Ein- und Zweifamilienhauses abgeht. Der Wohnungsnutzen würde dadurch zu wenig abgeholt und seien solche Wohnungen für die meisten Arbeiter zu teuer. Die Siechenhäuser Häuser seien als Muster zu nehmen; das seien keine Häuser, die Mieter lohnenswert genannt werden. Es wurde ein Vertrag über den Kauf eines Hauses in Altengroden verlesen. Derselbe wurde als viel zu rigoros bezeichnet. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Nachfrage nach solchen Häusern so gering ist. Klage geführt wurde von den Mitgliedern des Nordo-Viertels über den jüngsten Bauhofslbst, wo dem Käfer getötet worden sei, einen Vogarten nicht anzulegen. Ein Schulratsmitglied gab einen Ueberblick von den jüngsten Schulbehältnissen. Es wird erwartet, daß die Stadtratsmitglieder Hand in Hand mit den Schulvorstandsmitgliedern gehen und für das Wohl und den Ausbau der Volkschule ihr Bestes tun.

Ausstellung von Lehrlingarbeiten. Bei der am 1., 2. und 3. Juni in Oldenburg stattgefundenen Ausstellung von Arbeiten der Barber, Friseure u. Berüdenmacher-Lehrlinge hatten auch einige Schüler der Rüstringer Fachschule den Erfolg, mit Preisen ausgezeichnet zu werden. Es erhielten einen ersten Preis Johann Böbling bei Herrn G. Jonken in Jever, einen zweiten Preis Robert Schulz bei Herrn G. Käferholz in Wilhelmshaven, einen dritten Preis Karl Martin bei Herrn R. Gottermann in Rüstringen und den vierten Preis Wilhelm de Bries bei Herrn A. Vages in Rüstringen.

Wilhelmshaven, 11. Juni.

Die feindlichen Stießbrüder. In der Versammlung des hiesigen nationalliberalen Vereins, die am Montag stattfand, wurde beschlossen, an den neu gewählten Landtagsabgeordneten einen offenen Brief zu richten, in welchem er aufgefordert wird, in einer öffentlichen Versammlung in Wilhelmshaven die gegen diesen Verein erhobene Verdächtigung zu begründen. Es gehört wohl kaum eine Preisvergabe dazu, um dem Herrn Capelle und seinen Freunden zu prophezeien, daß Herr Oberhoff freien und sagen wird: rutsch mir das Kusel runter! Nicht uninteressant ist, daß in der Versammlung der Vorstehende ausführte, Herr Dr. Oberhoff habe seine Eigenschaft als Landtagsabgeordneter bei einer Morlaaxanglegigkeit nicht korrekt gehandhabt. Gegen das Strafgesetz habe er nicht verloren, trotzdem sei sein Vorhaben in dieser Sache nicht einwandfrei gewesen. Eine solche Verlässlichkeit könnte man nicht als Abgeordneten brauchen. Der Streit kann noch hässlich werden!

Die Kontrolle der Justizvollzugsanstalten wird in den Tagen vom 17. bis 21. Juni in der Stadt fortgesetzt.

Die Wohnungsnutzung des Admirals. Ein neues Admiralshaus soll in der Adalbertstraße neben der Offiziersbücherei erbaut werden. Die Fundamentierungsarbeiten sind bereits im Gange. Im Staat werden für das Gebäude 90 000 Mark gefordert. Es handelt sich hier um die Beschaffung eines Mietwohngebäudes für den Chef des in der Bildung begriffenen dritten Geschwaders. Bis jetzt sind sieben Admirale hier stationiert.

Angetriebene Leichen vom Torpedoboot „S 178“. Bei Hörnum auf Sylt ist die Leiche eines Schiffsoffiziers angetrieben. Die Uniform trägt einen Ärmelstreifen. Ancheinend handelt es sich um einen der mit dem Torpedoboot „S 178“ am 4. März untergegangenen Oberleutnants Bies und Schröder. Ferner ist eine Marodenleiche bei Hörnum gefunden. Beide Leichen wurden nach hier übergeführt.

Kriegsgericht der 2. Marine-Inspektion. Der Torpedobootsbeiger der Reserve Meven war mit noch einem Seizer am 12. Februar in der Marktstraße mit Civilpersonen in Schlägerei geraten. Als der Obermaat K. dazu kam, nahm er die beiden heran und befahl ihnen, mit noch der Kaserne zu gehen. Unterwegs machten sie unpassende Reden und wollten nicht weiter mit. Der Obermaat ging nach der Kaserne zurück, um dort, wenn sie kämen, ihren Namen festzustellen. Als dieses dann geschah und der Obermaat dem gerufenen Deckoffizier Meldung machte, legte der Angeklagte zu der Wachmannschaft: „Der Obermaat ist froh, daß er hier ist, der will sich nur ausspielen, und was der da sagt, stimmt nicht“. Auch weigerte er sich auf der Wachstube, seinen Namen anzugeben. Das Kriegsgericht erkannte wegen Beharrens im Untergeschoß in zwei Fällen und Achtungsvorlesung unter Drohung, teilweise vor versammelter

Mannschaft, auf 2 Monate 14 Tage Gefängnis. — Der Matrose Harksdorf erhielt am 5. Mai Bescheid von dem dienstabenden Unteroffizier, sich anderes Zeug anzuziehen, was er aber nicht tat. Als die Kompanie angetreten, bekam er von dem Feldwebel den gleichen wiederholten Auftrag, den er auch nicht ausführte und erklärte: „ich tue es nicht, ich zieh kein Arbeitszeug an“. Derselbe wird wegen Beharrens im Untergeschoß in zwei Fällen, in einem im Zusammen treffen mit ausdrücklicher Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft und einfachen Ungehorsam zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. — Der Matrose Schub blieb am 3. Mai zwei Stunden über Urlaub und entfernte sich dann noch mal, worauf er erst gegen 17 Uhr morgens zurückkam. Der Angeklagte ist schon optimal wegen gleicher Saden bestraft und erhält daher für die unerlaubte Entfernung in zwei Fällen 2 Monat und eine Woche Gefängnis.

Sande. An unsere Abonnenten, die ihr Blatt an der Wetter erhalten, wird von den Verteilern darüber gefragt, daß die Abonnementgebühren so schlecht einlaufen. Da die Verteiler bis zum 15. jeden Monats abrechnen müssen, werden die Abonnenten erzählt, bis zu diesem Datum die Abonnementgebühr zu entrichten.

Der Bürgerverein Marienfelde. Sande beruft auf Sonnabend den 14. Juni eine öffentliche Bürgerversammlung nach dem Hofe des Herrn Hug ein. Der Landtagsabgeordnete und Magistratsmitglied Herr Hug, Rüstringen, wird einen Vortrag über die „Steuer nach dem gemeinen Wert“ halten. Alle Bürger, die Auflösung in dieser Sache wünschen, sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Aus aller Welt.

Die Leoparden-Gesellschaft. Der Oberherr der Gesellschaft Sir Bradford Griffith ließ in London in Plymouth eingetroffen, nachdem er in Sierra Leone die Gerichtsverhandlung gegen eine geheime Gesellschaft geleitet hatte, die furchtbare Schrecken unter den Bewohnern herborghen. Die Leoparden-Gesellschaft bestand unter dem Stamm der Mendes. Menschenopfer und Menschenfresser bildeten den Hauptzweck der fanatischen Sekte. Männer, Frauen und Kinder verschwanden auf geheimnisvolle Weise und die Menschen-Leoparden haunten so furchtbar, daß das allgemeine Entgegen immer mehr zunahm. Die Regierung beantragte daher den Oberherrn, die mächtige Gesellschaft und ihre furchtbaren Gebräuche auszurotten und der Erfolg seiner Unternehmung war, daß zunächst 100 Leute verhaftet und unter Anklage gestellt wurden. 40 wurden dann laut Richterurteil hängen und eine große Anzahl der übrigen ist deportiert worden. Man hofft so, diesen grausigen Treiben endgültig ein Ende gemacht zu haben. Die entflohenen Einzelheiten, die bei der Verhandlung ans Licht kamen, werden in einem offiziellen Bericht bekannt gemacht werden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 11. Juni. Mitglieder der konservativen und freikonservativen Reichstagsfraktionen haben zur zweiten Sitzung des Webvorlage einen Antrag gestellt, nach welchem acht Artillerieregimenter neu errichtet werden sollen. Die Regierung verlangt besonstlich 6 neue Regimenter, die Budgetkommission hat aber nur 3 für notwendig erklärt.

Bien, 11. Juni. Wie in diplomatischen Kreisen verlautet, soll in den nächsten Tagen von den Mächten nach Belgrad und nach Sofia eine ernste Rührung, Frieden zu halten, gerichtet werden. Es sollen konkrete Vorschläge dafür gemacht werden.

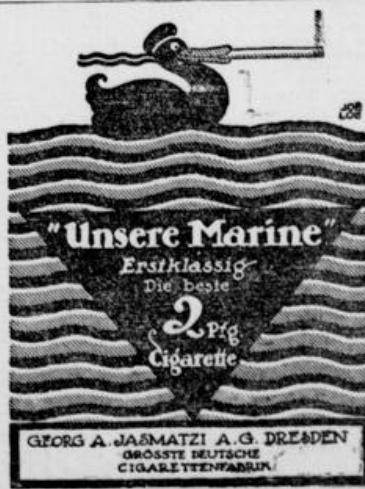
Budapest, 11. Juni. In einem benachbarten Dorf hat sich ein Landwirt erhängt. Seine Frau schnitt ihn noch rechtmäßig ab. Hierüber erhob ergeriß der Selbstmordkandidat eine Haie und schlug seine Frau und vier Kinder tot. Dann gründete er sein Haus an. Er wurde verhaftet.

Wetterbericht für den 12. Juni.

Wärmer, wechselnde Bewölkung, später wieder aufscheinende Südwestwinde und erneute Regenfälle.

Verantwortlicher Redakteur: Josef Kliche. — Verlag von Paul Hug, Rotationsdruck von Paul Hug u. Co. in Rüstringen.

Hierzu eine Zeichnung und das Unterhaltungsblatt.



GEORG A. JASMATZI A. G. DRESDEN
GROSSESTE DEUTSCHE CIGARETTENFAHREN



50 Einfamilien-Häuser in Rüstringen.

Die Stadt Rüstringen beschließt, sofort 50 Einfamilienhäuser auf ihrem Deutschen Gelände am demnächstigen Stadtpark zu bauen und bei mäßiger Abzahlung an Interessenten abzugeben. Beschreibung findet sich im lokalen Teil der gestrigen Nummer dieser Zeitung. Bedingungen und Pläne können im Rathaus Jeldeinsstraße, Zimmer Nr. 3 und im Rathaus Wilhelmshavener Straße, Zimmer Nr. 1, eingesehen werden. Interessenten werden gebeten, sich sofort dorthin zu wenden.

Stadtmaistrat Rüstringen.

Dr. Lueken.

Oldenburg.	
Sonntag den 15. und Montag den 16. Juni auf dem Oldenburger Schützenhof an der Schützenhofstraße:	
Gewerkschafts-Fest.	
Ausstellung zum Festzug pünktlich nachmittags 2.20 Uhr beim Vereinshaus in der Nettistraße.	
Festredner: Arbeitsschreiber Reese.	
Gartenzwischen und Bewilligungen aller Art.	
*** Großer Festball. ***	
Auf dem Festplatz und Karussell, Schaukel, Buden aller Art vertreten. — Entree: Herren 10,-, Damen 10,- Genossen und Genossinnen! Beteiligt Euch vollständig am Gewerkschaftsfest. Der Vorstand.	
Verpachtung der Budenplätze am Mittwoch den 17. Juni, nachmittags 4 Uhr, auf dem Festplatz an der Schützenhofstraße.	

Allgem. Ortsstrafentasse für die Stadtgemeinde Varel.

I. Abschluß pro 1912.

Einnahmen:

1. Kassenbestand zu Anfang des Rechnungsjahres	A 3 109,69
2. Zinsen von Kapitalen	820,85
3. Eintrittsgelder	1 032,-
4. Beiträge	57 955,75
5. Erholungsleistungen für gewohnte Krankenunterstützung	939,82
6. Erholungsleistungen von Berufsgenossenschaften u.	5,95
7. Aus verkauften Wertpapieren u.	17 110,30
8. Sonstige Einnahmen	491,45
Summe der Einnahmen	
A u s g a v e .	
1. Für ärztliche Behandlung	A 10 301,60
2. Für Arznei u.	7 205,98
3. Krankengelder:	
a) an Mitglieder	11 451,06
b) an Angehörige der Mitglieder	263,16
4. Unterstellungen an Wohneineinheiten	272,88
5. Sterbegelder	522,-
6. Zu- und Verpflegungskosten an Arbeitsbeschaffungen	11 509,98
7. Erholungsleistungen für gewohnte Kranken- unterstützung	444,93
8. Zur Leistungsfähigkeit vorbehaltene Betriebs- gelder	325,-
9. Zur Leistungsfähigkeit Beiträge u.	166,18
10. Für Kapitalanlagen u.	31 179,95
11. Verwaltungsausgaben:	
a) periodisch	2 951,40
b) läufige	1 372,61
12. Sonstige Ausgaben	849,61
Demnach Kassenbestand A 2 367,77	

II. Vermögensausweis.

Activa.

a) Kassenbestand wie vorstehend	A 2 367,77
b) in Wertpapieren, Bankenlagen u.	29 777,50
Summe A 32 145,27	

Passiva.

Nichts	A —
Überdruck der Aktiva	A 32 145,27
Nach dem vorjährigen Abschluß betrug der Überdruck A 18 844,09	
Ergiebt gegen das Vorjahr an Überdruck mehr.	A 12 300,58
Zum Referenzfonds gehören nach den Statistikbunden Übervermögen.	
Nach dem vorjährigen Abschluß betrug das Referenzfonds A 15 560,-	
Ergiebt gegen das Vorjahr mehr.	A 14 217,50
Als Betriebsfonds verblieben der Haushalt:	
a) bar	A 2 367,77
b) in Spezialfondsbüchern	—
Zusammen A 2 367,77	

Strassenbahn Wilhelmshaven-Rüstringen.

Ab 1. Juli d. J. werden Ermäßigungskarten ausgegeben in Form von Zeitkarten (Monatskarten), Schülerkarten und Arbeiterwochenkarten.

Die Preise betragen für:

I. Zeitkarten (Monatskarten).

- für eine bestimmte auf der Karte aufzuschreibende 10 Pf. Strecke Mt. 7,70
- für eine bestimmte auf der Karte aufzuschreibende 15 Pf. Strecke Mt. 10,90
- Monatskarten zur Benutzung einer beliebigen Strecke (Nehm-karten) Mt. 12,90

Obige Karten verstecken sich einschließlich Fahrtkartensteuer.

II. Schülerkarten.

1. Schülermonatskarten:

- zur zweimaligen täglichen Benutzung in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 2 Uhr mittags zum Preise von Mt. 3,00
- zur viermaligen täglichen Benutzung zum Preise von Mt. 4,50

2. Halbjahreskarten:

- zur zweimaligen täglichen Benutzung in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 2 Uhr mittags zum Preise von Mt. 2,00
- zur viermaligen täglichen Benutzung zum Preise von Mt. 3,50

III. Arbeiterwochenkarten.

1. zur zweimaligen täglichen Benutzung (nur an Werktagen einer Kalenderwoche) einer bestimmten 10 Pf. Strecke zum Preise von

- zur viermaligen täglichen Benutzung (nur an Werktagen einer Kalenderwoche) einer bestimmten 10 Pf. Strecke zum Preise von

- zur zweimaligen täglichen Benutzung (nur an Werktagen einer Kalenderwoche) einer bestimmten 15 Pf. Strecke zum Preise von

- zur viermaligen täglichen Benutzung (nur an Werktagen einer Kalenderwoche) einer bestimmten 15 Pf. Strecke zum Preise von

- zur zweimaligen täglichen Benutzung (nur an Werktagen einer Kalenderwoche) einer bestimmten 15 Pf. Strecke zum Preise von

Die näheren Tarifbestimmungen sind auf dem Betriebsbüro in Erfahrung zu bringen, woselbst unentgeltlich Antragsformulare zur Erlangung obiger Karten erhältlich sind; letztere werden auch von den Kontrolleuren verabfolgt

Wilhelmshaven, den 10. Juni 1913.

Wilhelmshavener Straßenbahn, Betriebsdirektion.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Rüstringen-Wilhelmshaven
Freitag den 12. Juni,
abends 8½ Uhr.

Mitglieder-Versammlung

in Saderwasser Tivoli.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Wegen großer Wichtigkeit ein-
zelner Punkte der Tagesordnung
ist das Einspielen sämtl. Kollegen
notwendig. Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein
Wilhelmshaven-Rüstringen.
Achtung!! Kollegen!!
Freitag den 12. Juni,
abends 8½ Uhr.

findet in Saderwasser Tivoli unsere

Baudilegierter - Sitzung

statt. Die Delegierten von der
neuen Torpedowerkstatt sind hier-
zu ganz besonders eingeladen.
Der Vorstand.

Gemeins. Ortskrankenkasse

der Schuhmacher
von Wilhelmshaven und
Rüstringen.

Zu der am 16. Juni bei Rath,
Greifzu, anberaumten

General-Versammlung

der Allg. Ortskrankenkasse

zwecks Beratung der neuen
Sitzungsordnungen können Mit-
glieder, welche Interesse daran
haben, im Rosenfeld, Bahnhof-
straße, bekommen.

Der Vorstand.

M. I. B. Vorwärts Rüstringen.

Sonntagnachmittag den 14. d. M.
abends 8½ Uhr.

Jubiläums - Feier

für E. M. Kaiser Wilhelm II.
im „Driedrichshof“.
Eintritt frei.

Sonntag den 15. d. M.

Wanderfahrt

in die dreizehn Wehde.
Abfahrt 6.23 Uhr von Rüstringen.
Rege Beteiligung wünscht
Der Turnerat.

Bauverein Sande.

Die Hebung der Sitzungsgebühren
für den Monat Juni findet statt am
Sonntag den 15. Juni er. für
Rüstringen im „Wüddelgarten“
(Rixen), von 9—10 Uhr norm.,
für Sande von 4—6 Uhr nachm.
bei Suh. Der Vorstand.

Achtung!

Freie Turnerschaft Sande

und Umgegend.
Freitag den 15. Juni er.

abends 8½ Uhr.

Jahzhälterliche

General-Versammlung

im Vereinslokal.
Wegen wichtiger Tagesordnung
ist das Einspielen sämtl. Mit-
glieder unbedingt notwendig.

Der Vorstand.

Allgem. Ortskrankenkasse

der Stadt Oldenburg.

Vom Freitag den 20. Juni er.
abends 8½ Uhr.

Ordentliche

General-Versammlung

in der Union, Kleiner Saal.

Tagesordnung:

1. Redmungsablage pro 1912.
2. Entlastung des Vorstandes.
3. Beratung u. Schlusfolgerung
über die neuen Sitzungen
der Räte.
4. Verschiedenes.

Oldenburg, den 9. Juni 1913.

Der Vorstand.

Lgl. Träger Schiffstauf

abgerufen Gerichtsstraße 35.

TRAUER

Kostüme · Kleider
Blusen · Röcke
Jupons
stets großes Lager
Änderungen werden sofort gemacht

WALLHEIMER

Ortskrankenkasse
für den

Amtsbezirk Bremervörde.

Vom 9. bis 13. Juni:

abends 8½ Uhr:

Hebung der Beiträge

Sitzung im Hotel Bellevue.

Der Rechnungsführer.

ADLER

VARIETÉ THEATER
Sensationeller Erfolg
des Fritz-Steidl - Ensembles.

Letzte Woche!

Nur noch 3 Mal!

Haloh!!

Die grosse Revue.

Anfang 8.25 Uhr.

Dienstag und Freitag:

: Rauchfreie Abende. :

Beilage.
27. Jahrg. Nr. 135.

Norddeutsches Volksblatt

Donnerstag
den 12. Juni 1913.

Reichstag.

158. Sitzung. Dienstag, den 10. Juni, nachmittags 2 Uhr.

Am Sonderabstimmung: v. Herringen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Anträge.

Abg. Dr. Lichtenegger (Soz.):

Als dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß vor einigen Tagen der Bergmann Ignaz Balluff aus Nowowitz, ein deutscher Staatsangehöriger, in dem russischen Grenzort Ritsch von den russischen Behörden verhaftet und wegen der ihm für den verschleihten Personenverkehr im Russlanddeutschen Wege – angeblich zu lebenslanger Haftstrafe (Strafe) verurteilt worden ist.

Was hat der Herr Reichskanzler bisher zum Schutze dieses deutschen Staatsangehörigen dagegen getan?

Was redet der Herr Reichskanzler in dieser Angelegenheit weiter zu tun?

Gesamtatlas: Das Auswärtige Amt hat von der Verabschiedung des ihm vorgelegten preußischen Staatsangehörigenberichts Gebrauch gemacht. Es ist sofort durch den preußischen Staatsminister und den französischen Staatsminister in Russland näheren Erklungen über den Vorfall eingesehen worden. Nach dem telegraphischen Bericht hat der Preußische Staatsminister gegen eine russische Verordnung verstoßen, indem er in Russland Gelder zu Streitwerten sammele. Anfolgedessen ist er in dem russischen Grenzort verhaftet und es ist ein Verfahren gegen ihn eingeleitet worden, das vorläufig in den nächsten Tagen zum Abschluß kommt und seine anderen Folgen als die Auswirkung haben wird. Die möglichste Beschleunigung des Verfahrens ist Sorge getragen.

Abg. Dr. Hesse (CDU): Als dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß unter dem Namen „Malvin“ in jünger Zeit ein Produkt in den Betrieb gebracht worden ist, welches als eine täuschende Nachahmung von Wein dargestellt ist. Was redet der Herr Reichskanzler gegen diese Auseinandersetzung der Konsumanten und schwere Gefährdung des Weinbaus und des reellen Weinhandels zu tun?

Der Reichsrat v. Dommerich: Es ist in letzter Zeit bekannt geworden, daß Weinbauer mit einem beträchtlichen Gewinn gekreidet werden. Die Weinbauern mögen bestätigt wissen, daß Wein, ob befundene Maßnahmen zum Schutze des Weinbaus notwendig sind, bestreitet die mahgenden Stellen.

Es folgt die

Offizielle Beratung der Wehrvorlage.

Bei der Debatte über Artikel I werden die von der Kommission beschlossenen Resolutionen mit zur Diskussion gestellt. Nur die Resolutionen über die Militärdienstzeit sollen später gefordert werden.

Die Sozialdemokraten beantragen:

Den von der Kommission eingeführten § 3a: „Die Mannschaften des Heeresdienstes werden, soweit militärische und wirtschaftliche Gründe es gestatten, nur in den Wintermonaten einzutreten“, hinzuzufügen: „Die Rekruten müssen so gelegt werden, die die Einberufung die Möglichkeit haben, an den Wahlen zum Reichstag und an den Landtagen teilzunehmen.“

Die sozialdemokratischen Abgeordneten fordern, daß der Dienstpflicht in steuernden Diensten und die Mannschaften ein Jahr zum ununterbrochenen Dienst verpflichtet werden.

Diese Forderung tritt vom 1. Oktober 1915 ab in Kraft.

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages ist der Artikel I zu ändern: Die Bestimmungen der Militärdienstgesetz, welche die besseren Vorteile der Einjährig-Freiwilligen in der Ableistung der Dienstpflicht betreffen, werden mit Inkrafttreten dieses Gesetzes aufgehoben.“

Einfach als Artikel II einzufügen: „Für zum Militärdienst eingezogenen Mannschaften dürfen nicht zu häuslichen Dienstleistungen verwendet werden.“

Abg. Rosse (Soz.):

Das Vorpiel von gestern Abend war sehr schrecklich. Wenn die Briten einen Krieg beginnen, dann sind die von ihnen vorher als so aufregend und dringend hingestellten Bedrohungen auf einmal nicht mehr dringend. (Gehört zu den Sozialdemokraten.) Wie Sozialdemokraten schreien lautstark, daß die bürgerlichen Parteien und der Regierung ein Verbot der Kriegserklärung nicht besteht. Eine Kriegsgefahr zwischen großen europäischen Kulturrationalen ist tatsächlich nicht bestanden, sondern nur durch die Kreisberichte und Gespräche von Rüstungsinteressenten in einer Bewaffnungsfeststellung worden, die die infolge der Entlastung der Rüstungssinteressenten abschaut ist. Wer bedroht denn die Sicherheit des Deutschen Reichs? Bei den zufließenden Seiten, die mit geradezu verschreckender Drastik geschildert werden, während Hunderttausende nicht falt zu eben haben (Schriftsteller bei den Sozialdemokraten) wurde durch den Verlust des Königs von England und des russischen Zaren erweckt, daß eine politische Spannung nicht besteht. Angestellt jollen die Balkoniere die Sicherheit Deutschlands verringern. Nun, man darf nicht behaupten, daß die Zerstörung und Verluste und die anderen Balkonanten sind durch ihre Unvorsichtigkeit offenbar durch die schweren Verluste an Menschen und die finanzielle Schädigung infolge der Kriegserklärung nicht verhindert, etwa die militärische Kraft Österreich-Ungarns in bedeutendem Maße zu verhindern. Die offiziellen deutsch-englischen Bestellungen konstatierten mit Vermutung und erstehen auch so wenig wie sonst den Reichskanzler zulassen. Sein Verdienst an dieser Belastung an. Eine neue Seele muß man damit begründen, daß England die drei von London angebotenen Friedensschiffe nun bestellt, aber diese drei Schiffe waren schon vor Monaten bei der Errichtung eines neuen Verhältnisses zwischen den Kriegsparteien England und Deutschland mitgerednet. Die deutsche Politik England ergänzen ist friedliebend; allerdings würde die Position der Friedensbraume noch verstärkt, wenn die englische Regierung auf die drei Schiffe verzögert würde.

Die Offiziellen haben ja auch ihre Gründe geworben, nicht mehr im Süden, sondern im Osten, sollte die Hauptfeind stehen. In Südländen ist der Wille des Zaren das oberste Werk. Nun, ob leichter der Kaiser und der Kaiserin und die Berliner Oberhäupter sich entscheiden, um den Frieden, dem das Ausbruch der weiteren Gefahr des Kriegs zu verhindern, hat sie die preußische Klarke als ganz außerordentlich erwünscht. Die Karlsruhe ist eine heimliche Waffe, die gegen die französische Verschiebung der Westküste eine neuerliche Verschiebung der Westküste auslösen soll, für die Postkurse unterer Gefahr für den Zaren, als auch dafür, daß uns von dort keine Kriegsgefahr droht. Deshalb soll jetzt die Gefahr vom Westen drohen. Die Rüstungsmaßnahmen in Frankreich und Russland sind aber doch nur die Antwort auf diese deutsche Kriegsgefahr. Wie Sozialdemokraten haben immer betont, daß das gegenwärtige Weltkrieg eine neuerliche Verschiebung der Westküste der Staaten gegenseitig anstrebt. (Schriftsteller bei den Sozialdemokraten.) Man sieht und Schwierigkeiten aus dem französischen Charakterismus, während das russische Volk lediglich von dungen Sorge erfüllt ist vor einem deutschen Angriff. Diese Sorge ist ungerechtfertigt, aber sie ist vorhanden. Von den Aufständen dieser Rüstungsvereinigungen hätte kein französischer Minister es mögen dürfen, den französischen Volk die dreifache Dienstzeit wieder zu gestatten. Der französische Kriegsminister will eine militärische Verbesserung erhalten, wenn diese Vorlage angenommen wird, und der französische Dienstzeit in Frankreich wird eingestellt und die drei Jahre im Kriegsministerium in Frankreich nicht eingestellt werden. Dafür werden die Arbeitnehmer in Frankreich und wird die Arbeitserziehungsbemühung in der sozialdemokratischen Partei drangalakt.

Die Sozialdemokraten verlangen die Schaffung eines Volksheeres anstelle eines heimatlichen Heeres. (Schriftsteller nicht bei den Sozialdemokraten.) Diese Richtung ist in jeder Hinsicht der Unteroffiziere der Söldner angeholt. (Schriftsteller nicht bei den Sozialdemokraten, doch lediglich den Söldneren der Landesverteidigung dienen kann zu sagen.) Sie wollen den letzten Mannen zur Verbindung des Volkerlandes heraustragen. Damit könnten wir uns einverstanden erklären, wenn an ein Volkseck der allgemeinen Wehrpflicht gedacht wird. Die Vorlage aber bedient lediglich Endes eines genialen Verfassung des militärischen Söldner, das durchaus vollständig und lückenlos wird. (Schriftsteller nicht bei den Sozialdemokraten.)

Wenn ich mich nur zu den eigenständigen Forderungen der Offiziellen machen will, so ist meine Position deshalb ungünstig, weil ein großer Teil der Kommissionsverhandlungen als verfeindlich bezeichnet werden.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwadre nach dem Volke verhältnisse habe.

Man will eben den Einheitsstaat, als ob er noch was für die Geschwad

In den Dienst der Menschenrechte stellen zu können. (Sehe hörst bei den Sozialdemokraten.) Das würdig ist der militärische Wert der Heeresverwaltung durchaus betrügt. Aber geschäftstümliche Leute haben gefunden, daß sie mit dem Bau von Flugsiegeln große Profit machen lassen.

Das zeigt die Wollfahrt der Kriegswerte. Da ihm steht es, daß Befestigungen bereits im höheren Ausmaß stehen. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Nach dem Ersten Weltkrieg eine Flugzeugfabrik zeigt einen erheblichen Überschuss mit guten Verbindungen als Verteilung. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Dem Gründungsversuch der Kaiserwehr gelangt wiederum aus der Kaiserwehr ein sozialdemokratisches Unternehmen. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Der Krieg ist der Krieg der großen Diktatur, der der Kaiserwehr. Kaiserwehr ist der Sozialdemokrat. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Der Krieg ist der Krieg der großen Diktatur, der der Kaiserwehr. Kaiserwehr ist der Sozialdemokrat. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.)

Das zeigt die Wollfahrt der Kriegswerte. Da ihm steht es, daß

Befestigungen bereits im höheren Ausmaß stehen. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Nach dem Ersten Weltkrieg eine Flugzeugfabrik zeigt einen erheblichen Überschuss mit guten Verbindungen als Verteilung. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Dem Gründungsversuch der Kaiserwehr gelangt wiederum aus der Kaiserwehr ein sozialdemokratisches Unternehmen. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Der Krieg ist der Krieg der großen Diktatur, der der Kaiserwehr. Kaiserwehr ist der Sozialdemokrat. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Der Krieg ist der Krieg der großen Diktatur, der der Kaiserwehr. Kaiserwehr ist der Sozialdemokrat. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.)

Die Heeresverwaltung, die sich modernen Ideen sehr gungslieb erweist, kommt es hier im Erhaltung neuen Verhältnisse handelt, in dem Intendanturbeamten Reformen aus zu ungünstigerer. Hier wird immer auf die dreimal geplante Tradition verweisen. Dabei hat die Intendantur im Ersten Weltkrieg verloren. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Das ist der Krieg der großen Diktatur im deutsch-fascistischen Krieg. Aber ebenso noch während des Krieges, wo mit dem Anfang des Krieges bei der Ausbildung des Expeditionskorps nach Südwürttemberg, wo mit dem Anfang des Expeditionskorps nach Südwürttemberg gewirtschaftet wurde, ist nicht mehr der Sozialdemokrat. Die zahlreichen Dörfer und Städte für die Sozialdemokratie gehörten, die zahlreichen Offiziere sind offenbar nur ausgesetzt, mit dem Anfang des Krieges, zu verlieren. Rüstung wird der Kriegswert das verlieren. Und die Aufwendungen für die Versorgungen im Krieg haben 100.000.000 M. betragen, bei der Marine 1.000.000 M.; bei den öffentlichen Ausgaben über 4.000.000 M. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Aber diese große Summe macht nicht genugend Platz für die Rüstungswenden und diesen Druck ist die Heeresverwaltung nun nachgegeben. In einem Unterkriegsfall werden 15.000 getötet. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Das ist die Heeresverwaltung, die nicht mehr besteht, mit dem Anfang des Krieges von dem Sozialdemokrat. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen eine weitreichende Demokratisierung des Krieges fordern. Es wird so oft gefordert, es muß daher Sorge getragen werden, daß den Täglichen der Auszug zu allen Neuerungen erlaubt wird.

Die Heeresverwaltung müßte mehr als jede andere darauf bedacht sein, alle alten Sätze abzulegen. Wie wollen Sie denn 5000 neue Unteroffiziere nach der Dienstzeit im bürgerlichen Leben bewegen? Die Zahl der Militäranderer wird so isoliert stehen. So zeigt das militärische System Erfahrungen, die darauf deuten, daß es ihm sehr das Hand gräbt. (Sehe gut bei den Sozialdemokraten.) Die Strafburg ist der General in Deutschland, mit dem Anfang des Krieges abgeschafft und allen Angehörigen des Corps das Halten der Zeitungen verboten, die nichts freilegen. Nie Überarbeitung und Amtsantritt, das ist nicht mehr übersehen werden. (Bekanntes. Sehe zentral links.) In der Bevölkerung des Krieges gegen die Sozialdemokratie ist die Heeresverwaltung das Kriegsziel des militärischen Anteiles zurück. Den Kriegsbeginn der letzten Zeit zeigte sich ein furchtbare Mann, der aufstand. Und bei und seit es auf Militärstandorten, damit die Sanitätsärzte werden den Sanitätsdienst, weil die Sanitätsärzte nicht so geachtet werden, wie es sein möchte.

Neue Weisen sollen in großer Zahl beschafft werden und die Munitionssiede reden Berlin damit. Sie müssen in Reichsbüro bereitgestellt werden; da wurde ein kurter Antrag fein, die Rüstungsbüroverteilung zu beenden, da dann dem Reichsbüro Kapital werbende Aufträge nicht mehr weitergeleitet. So ist die Heeresverwaltung gegen unseres Willen leicht werden, da sie die Heeresverwaltung zum mindesten das unterste Schriftsteller befehligen, das jetzt bei den Armen steht, die Lieferungen erhalten. So werden die Armeen wieder mit der Abnahme von Lieferungen bestreiten. Beispiele liegen zu 10.000 M. groß. (Bekanntes. Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Ich zweifele an der Geschäftsfähigkeit und an der Fähigkeit unserer Heeresverwaltung mit unseren Millionen, erfüllt zu wirtschaften. Denken Sie nur an die Veränderung der Heeresverwaltung bei Grundblüte, verlässlich und an die Spezialisierung.

Wendelins drei Millionen sind bei der Anlage des Pößnecker Schießplatzes zu viel geblieben. Bei dieser Absichtswelle hätte doch die Heeresverwaltung selbst Reformen vorbereiten müssen. Aber unbegreiflicher Weise liegt sie sogar der Abschaffung der Garde, die auf dem großen Rüdenberg entgegen. Wer die Abschaffung der Garde erklärt der Kriegsminister die Vorlage für unannehmbar. (Hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Wobei der Reichstag sich in einer Auflösung befindet und die Regierung dann die Vorlage nicht annehmen oder auch den Reichstag auflösen, und dann das recht sein. (Sehe Zustimmung d. d. Soz.) Vermehrte Rechtsgarantien müssen wir auch fordern, damit die 120.000 neu einge-

stellenden Soldaten besser vor Misshandlungen geschützt sind. (Sehe wohl d. d. Soz.) Eine empörende Begleiterziehung des Militärdienstes bildet auch die Opferung von Menschenleben mittleren Friedens. (Sehe wohl d. d. Soz.) Natürlich ist die Militärverwaltung auch nach dem Todestag von Krieg erfasst, doch alles in besserer Lehre gewesen sei. Aber sicherlich währen die meisten Menschenleben erhalten geblieben, wenn das Erfordernis dazu gestanden wäre. Auf alle Sozialdemokratie antwortet der Kriegsminister mit der absolutistischen Wendung, das wäre ein Eingriff in die Kommandogewalt des Kaisers. Wir leben doch in einer Verfassung, in der das Volk bezahlt als Heeresministerungen und wir werden uns daher durch die Kommandogewalt des Kriegsministers nicht hindern lassen, alles zu besprechen und auf Reformen zu dringen. (Sehe richtig d. d. Soz.) Die Zeiten, die die Führungsherrschaft über die Deutschen verfügen gegenüber nicht auf. Aber selbst in die Kreise der bürgerlichen Parteien hinein macht sich ein Widerstand gegen die ungewöhnlichen Verhältnisse durch das Militärmassiv mehr. Mehr als 75 Millionen werden in Europa jederzeit für das Heer ausgeworfen. Welche Fülle von Kriegsbedarf geht vorher, weil Sie nicht einführen wollen. Das Militärmassiv müßte gezeigt werden, was Sie mit diesem Kriegsminister aus nur einem Mann benötigen wollten. Den Militärmassiv über sozialdemokratische Ziele hat er damit zu begründen gesucht, doch in solchen Vorfällen, die Soldaten mit Dörfern und Städten in Verbindung bringen, (Sehe gut, hört! hört bei den Sozialdemokraten.) Jahr lang sind unsere Angehörigen gehindert worden, sogar unter wehrlosen zu betreten, was gegen die Unabhängigkeit austraten, hat es der Kriegsminister gewollt, unserer Partei jedoch für das Heer ausgeworfen, das wir auf eine Stufe zu stellen sei mit Dörfern und Städten. (Sehe Ursache d. d. Soz. Zurück: Standort, Arbeitszeit.) Wir werden in Preußen dafür sorgen, daß Preußen seine verfassungsmäßigen Beschränkungen so erhöht und so ausgestaltet, wie es dem Willen des preußischen Staates nach unserer Auffassung entspricht. (Kosten d. d. Soz., großer Beifall rechts.)

Vizepräsident Paalz ruft den Abg. Rosse wegen der von ihm ausgesprochenen Bedeutung des Königs von Preußen zur Ordnung. (Zuruf: Rufen den Kriegsminister zur Ordnung.)

Abg. Rosse (fortgesetzt): Unsere Parteigenossen müßten und in der schimpflichen Weise empfangen, wenn wir Soldaten bewilligen würden, die unmittelbar nachdem man unser Parteigenossen mit Gefund auf eine Stufe gestellt hat. (Sehe, Bräutigam d. d. Soz.) Jahr lang sind unsere Angehörigen gehindert worden, sogar unter wehrlosen zu betreten, was gegen die Unabhängigkeit austraten, hat es der Kriegsminister gewollt, unserer Partei jedoch für das Heer ausgeworfen, das wir auf eine Stufe zu stellen sei mit Dörfern und Städten. (Sehe Ursache d. d. Soz. Zurück: Standort, Arbeitszeit.)

Abg. Rosse (fortgesetzt): Unsere Parteigenossen müßten

und in der schimpflichen Weise empfangen, wenn wir Soldaten bewilligen würden, die unmittelbar nachdem man unser Parteigenossen mit Gefund auf eine Stufe gestellt hat. (Sehe, Bräutigam d. d. Soz.) Jahr lang sind unsere Angehörigen gehindert worden, sogar unter wehrlosen zu betreten, was gegen die Unabhängigkeit austraten, hat es der Kriegsminister gewollt, unserer Partei jedoch für das Heer ausgeworfen, das wir auf eine Stufe zu stellen sei mit Dörfern und Städten. (Sehe Ursache d. d. Soz. Zurück: Standort, Arbeitszeit.)

Die Ausführungen der Konjunktur. Neben die Konjunkturwissenschaften heißt es in dem Bericht der Berliner Handels-Gesellschaft: „In den Berichten aus den industriellen Gebieten häufen sich die Symptome, welche auf eine Abschwächung der Konjunktur hinweisen. Es wird immer klarer, daß die an die politische Verhüttung geführten Hoffnungen zunächst nicht in Erfüllung gehen. Man batte vielleicht damit gerechnet, doch unmittelbar nach Einstellung der Feindbefreiung eine starke Erholung des Geldmarktes und ein neuer Aufschwung in der industriellen Tätigkeit einzutreten werden. An Stelle des letzteren zeigt sich aber zunehmende Zurückhaltung des Handels und des Konsums; beide legen sich in ihren Feststellungen die größte Reserve auf, da sie mit einem weiteren Nachstoß des stark ins Weichen gekommenen Preises rechnen. So schwächt der Auftragsbedarf bei den Produzenten immer mehr zusammen, und diejenigen Werke, welche sich nicht früher durch langfristige Verträge gesichert hatten, sind bereits nach neuer Bedrohung auf der Suche, wodurch die Unsicherheit der Werkstätte natürlich noch verstärkt wird.“

Aus dem Lande.

Der Landtagsabschluß.

Das am Montag herabgesetzte Oldenburgische Gesetzblatt enthält neben zwei Bekanntmachungen des Staatsministeriums den Landtagsabschluß. Überredungen bringt darüber nicht. Die meiste als Folge von Initiativen tragen gezeichnete. Viele sollen noch geprüft werden. Bei den Gelegenheiten, wo die Meinungen von Regierung und Landtag auseinandergehen, hat die Regierung ihren Stab aufgestellt und dem Willen des Landtags sich nicht untergeordnet, auch wenn der Beschluß einstimmig wie bei der Frage der Freiheitsfassen der Abgeordneten gefasst war. Die Prüfung wird bei mir zu Dingen recht lange dauern. Im folgenden fasse ich die Entwicklungen der Regierung über die Landtagsbeschlüsse sowie sie Dinge betreffen, die von allgemeinem Interesse sind, mitgeteilt:

Der Staatsvertrag zwischen Preußen und Oldenburg wegen Herstellung einer Eisenbahn von Neustadt (Holstein) nach Schwartz, welcher die verfassungsmäßigen Beschränkungen vorgegangen, sie befindet sich vielleicht in der Abwehr,

sagte hochmütig-sicher: „Ich finde mich schon zurecht, durch alle drei, Kapitän.“

Da ging der alte Kopfschüttel und befürmert von Bred.

Nach einer Weile kam der Lazarettwagen, um den Verwundeten zu holen. Er wurde von einigen Leuten, die sich wunderten, daß er so gut marschierte, über den Steg und an Land geführt. Als er drüber, an Land, an der Tür des blauen Wagens stand, läutete er die Binde und sah lachend, mit zwinkern Augen, nach dem Schiff hinüber. Als er Jan Guld, der von dem ganzen Transport nichts gemerkt hatte, an der Luke entdeckte, lächelte er laut und grüßt: „Na ja, wie er vor Jahren auf der Blankensee Boot geladen hatte, und rief laut hinüber: „He... Du! Jan Guld!“

Jan Guld hörte endlich, ob sich, und wandte sich zu ihm und weinte die Augen.

„Mensch!“ schrie der andere. „Bist du dummi!“ Und lachte, und schwang sich dem Schenkel und schmieg die Tür des Wagens zu, und lief davon.

Kapitän Bößelmann läßt in ihm in gebremst. Jeden Tag vom Achterdeck herab: „Hast' ich mir just gedacht!“ Karl Kröger sprang den Steg entlang, um die Jagd auf den Schurken zu verfolgen. Zwei andere schrien, indem sie schon vorwärtskamen: „Er klopft sich auf die Tasche, Jan Guld! Sieh nach seiner Tasche, Mensch!“ Wir haben heute morgen, wie er darin framte.“ Und machten sich über dem Lauseg. Karl Kröger noch auf die Jagd.

Jan Guld griff sich mit den Händen in sein rohblondes Haar und ging dann wie ein Radionandler, die Hände vorne, nach der Zigarettenammer, öffnete seine Fäuste, und fuhr und suchte. Er fand auf, von all dem Geld, das er sich übergebracht hatte, nicht einen Pfennig mehr.

Er stand wieder auf und wollte an die Tür treten und lagte mehrmals mit eindringlicher Stimme, wie Karre vor Verwunderung, leise, wie zu sich selbst: „Das gibt es ja gar nicht! Das gibt es ja gar nicht!“ Dann aber schrie er plötzlich in rosendem Ton auf und schlug mit den Fäusten gegen die Tür und fluchte in wilden Worten. Kapitän

Der Untergang der Anna Bößelmann.

Zählung von Gustav Frenssen.

Radkurs verboten.

Der Kapitän zog die Augenbrauen hoch und stach mit allen kleinen Fingern gegen seine Brust: „Auch als ich?“ sagte er.

Karl Kröger sagte: „Natürlich, Kapitän; denn sonst würden Sie sich nicht über ihn wundern.“

Kapitän Bößelmann schrie sich ab und sagte: „Was man doch von so 'nem jungen Süßel lernen kann!“ Dann führte er sich noch einmal wieder zu ihm und stach nachdrücklich und mit großen runden Augen, und die Finger gegen die Brust: „Ich will dir mal was sagen: Ich verbinde die kleinen Menschen, die kleinen Freien, jeden Morgen die Augen; ich sehe ihm jeden Morgen in die Augen. Ich allein habe seine Augen geklönt, höchst man davon seien... inn; denn sie sind noch ziemlich verschwollen. Genug; der Mensch hat schlechte Augen!“

Karl Kröger sah nach dem Kompaß, rückte das Ruder ein bißchen zurück und sagte gleichzeitig: „Doch summier mich nie um die Augen von Mannsleuten, sondern bloß um die Augen von Nädchen; aber wenn Sie sagen, daß keine Augen schlecht sind, glaube ich es ohne weiteres; und dann ist es eine schlimme Sache. Denn die Augen sind ein Schloß in der Hant und zeigen, was drin ist; und es kann kein Mensch aus seiner Hant.“

Kapitän Bößelmann schüttelte wieder den Kopf über diesen wunderlichen Zoh und trat zu dem alten weißhaarigen Kapitän des Norwegers und verabschiede, ihm von seinem Matrosen zu erzählen; denn da, dem schwanden, mit dem rotblonden Haar und den Oxfamnale, der in allem ein bißiger Mensch wäre und besonders beißt auf Recht und Ordnung. Mit vieler Mühe gelang es ihm, dem Alten die Sache klarzumachen. Als er es aber begriff, drückte er Kapitän Bößelmann die Hand und schüttelte sie festig.

Als Karl Kröger am andern Tag allein an der Logis-

was da herumliegt, dachte, trat Jan Guld zu ihm und sagte mit seinem lächeln, hochmütige Kopfrecken: „Jan ist er sowieso! Er hat mir gestern gesagt, daß ihm die Geschichte von damals, von der Brücke, sehr leid tut. Er kann nicht begreifen, sagt er, wie er so hot sein können, da ich ihm doch nie, auch nur das geringste, zuleide geben habe. Sieht doch! Wenn man nur will!“

Karl Kröger hob die Schulter und sagte bedenklich: „Wenn es nur wahr ist, Jan! Guld! Der alte ist der einzige, der seine Augen gesehen hat; und der sagt: sie sind nicht gut. Wenn die Sache man nicht am Ende schief geht und der alte zieht seinen dummen Schmid anbringen kann, dann er immer im Mund führt: Gott! ich mir just so gedacht!“

Aber Jan Guld schüttelte hochmütig den Kopf und sagte: „Der? ...“ so als wenn Kapitän Bößelmann in jenen Sachen nicht bis jeden zählen könnte.

Als sie nun in Sidney ankam... gingen die Norweger von Bord. Der alte weißhaarige Kapitän, sein Neues Testament in der Seitentäfelchen seines blauen Jackets, ging bei der „wilden“ Mannschaft herum und gab allen die Hand. Als er zu seinem fünf Rettern kam, strich er ihnen über die Hände und sagte, er wäre bei seinem Alter ja freilich reif und fertig für die andere Seite; aber seine alte Frau würde sich sehr freuen, daß er wiederkehre.

Sie lachten alle fünf und sagten: „Hollo, Kapitän! Juhu! Sie man ruhig wieder und sagten: „Wir holen Sie wieder heraus.“

Er schüttelte lächelnd den weißen Kopf über ihrem gutmütigen Übermut. Dann sah er Jan Guld an und sagte ernst-gütig und mit grohem Radkurs: „Du mußt noch lernen, genau hinzusehen, mein Sohn, wie die Welt ist. Sieh, es gibt drei davon: eine in unserem Kopf, die uns gehört, und eine draußen um uns, die den Menschen gehört, und eine, noch wieder ganz andere, die Gott gehört. Du Dienst und Leibst nur die deine; du mußt mehr auf die beiden anderen achten!“

Aber Jan Guld war viel zu siegfest und glücklich; er hörte gar nicht, was der alte Mann sagte. Er lachte und

mäßige Zustimmung des Landtages gefunden hat, wird verhindert werden, sobald der formelle Abschluß erfolgt ist.

Die Staatsregierung hat aus den bei der Beratung im Landtag vorgebrachten Gründen Bedenken gebracht, den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum zur Änderung der Geschäftsordnung des Landtages mit den vom Landtag beschloßnen Änderungen ihre Zustimmung zu erteilen.

Dem Erischen des Landtages entsprechend wird die Frage der Einführung von Bauaufgaben für die Abgeordneten an Stelle von Tagessoldern geprüft werden.

Das Erischen des Landtages, baldigst und womöglich der nächsten Verammlung des Landtages neue Bestimmungen über die Bewilligung staatlicher Beihilfen zu den Kosten der Volksschulhäuser vorzulegen, soll geprüft werden.

Die der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiefene Petition des Hauptvereins Oldenburg des Evangelischen Bundes zur Wahrung deutsch-protestantischer Interessen um baldmöglichste Anerkennung des Reformationsfestes als gesetzlichen Feiertag unterliegt der Prüfung.

Die vom Landtag ausgesprochenen Wünsche in Bezug auf die Ausführungsvorschriften zu dem Gesetz für das Herzogtum Oldenburg, betreffend ärztliche Überwachung der Schulkinder, werden, soweit möglich, berücksichtigt werden.

Dem vom Landtag an die Staatsregierung gerichteten Erischen, der nächsten Verammlung des Landtages mitzuteilen, welchen Ausfall die Kosten des drei Landestagsfahrtsweges durch Einführung des Notariats erleiden werden, wird, soweit möglich, entsprochen werden.

Dem gelegentlich der Ablehnung der Verstaatlichung des Landesgewerbeinstituts gestellten Erischen des Landtages, seiner nächsten Verammlung geeignete Vorschläge hinsichtlich der Fürsorge für das Kunstgewerbe zu machen, wird entsprochen werden.

Dem Erischen des Landtages, zwecks anderweitiger Regelung der Fälligkeiten zur Brandlastenumlage für kleine Nebengebäude und für denkbare Hauptgebäude, sobald als möglich eine Revision des Brandlastengesetzes in die Wege zu leiten, kann erst entsprochen werden, wenn sich die Wirkung der durch das neue, erst mit dem 1. Januar 1912 in Kraft getretene Brandlastengesetz eingeführten Gefahrenhaftes besser übersehen läßt, als dies jetzt möglich ist.

Die Petition des Verbands der oldenburgischen Nordseebäder und Kurorte um Bewilligung einer Unterstützung aus der Landesfond zur Förderung der Verbandsbestrebungen hat dadurch ihre Erledigung gefunden, daß die erbetene Unterstützung aus den Amtsverhörmerschaften gemäßt werden soll. Der Verband ist mit entsprechendem Beschuß versehen.

Dem Erischen des Landtages um Prüfung, ob eine angemessene Erhöhung der Verpflegungsgrässche in der Heil- und Pflegeanstalt Wehnen, insbesondere in der ersten und zweiten Klasse, zweckmäßig erscheint, soll entsprochen werden.

Den der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiefenen Petitionen, betreffend das Diensteinkommen und die städtischen Zugangsleiter Hauptlehrer in Rüstringen, betreffend das Diensteinkommen des Hauptlehrers Groenemann in Neuhude und betreffend Feststellung des Höchstgehalts des Lehrers Fortmann in Cloppenburg, kann aus den im Landtag dargelegten Gründen nicht entsprochen werden.

Aus Anlaß der der Staatsregierung vom Landtag zur Berücksichtigung überwiefenen Petition der Gemeinde Osterbergen, betreffend Übertragung der Hebung der Staatssteuern, sind Verhandlungen mit der gedachten Gemeinde eingeleitet.

Der vom Landtag aufgeworfene Frage, ob zweckmäßig in die zu erwartende Novelle zum Einkommensteuergebot eine Verdienststeuer aufzunehmen ist unter gleichzeitiger

Bosselmann schrie und juchte: „Viel zu hüzig! Sache! Sache!“

Aber er hörte es nicht; er war zusammengeunken und hörte und hörte.

Karl Kröger, der zurückgesprungen war, als er das wilde Schreien hörte, stand totenfahl da und sprach leise mit zitternder Stimme, während das Söhnen des Unglückslied um sie klang: „Er jammert nicht um sein Geld, Kapitän, sondern weil ihm das mit dem Menschen mißfällt! Ich sage Ihnen: er ist so wild nach dem, was er für Recht hält. Er kann es nicht vertragen, daß ihm dies jetzt gegangen ist.“

4. Kapitel.

Als sie von der weiten Reise nach Hamburg zurückkehrten, nahm Jan Guld von allen Abschied, auch von Karl Kröger, der schon nach einigen Tagen auf einem neuen Schiff wieder in See ging; und ging — es war am frühen Abend — nach Blankenese hinaus.

Er rüttelte aber vergebens an der Türklinke und klopfte verzweifelt ans Küchenfenster. Nach langem stillen Kopfschütteln entdeckte er ein großes graues Stück Pappe an einem Tau der Klinke herabhängen, zog Streichhölzer hervor, machte Licht und las: „Deine Mutter ist vor vierzehn Tagen gestorben. Da sie acht Wochen lang frant war, Pflege, Arzt und Medizin gebrauchte, ist ihr Vermögen darauf gegangen, so daß du nichts zu essen und zu fordern hast. Im Namen der Familie: Tobias Guld, der Elterle, an der Schlingstreppe.“

Er stand einem Augenblick unbeweglich und horchte in die kleine Wohnung hinein, als wäre es nicht wahr, als würde gleich der leise Schritt hörbar und das zitternde, misstrauische Zurückziehen des Schott's; und dann würde eine magere steife Hand sich einen Augenblick auf seinen Arm legen, und es würde ihm wieder ein lühner Schauer den Arm hinunterlaufen, bis in die Brust, und das Herz in den Brustbein aufbüßen. Aber es gefobt nichts. Da ließ er die Klinke, die er wartend in die Hand genommen hatte, los, und stand da, und sah zu begreifen, daß die Mutter nun nicht mehr in der schönen warmen Ecke seines Lebens stände,

Aufhebung des § 9 des Beisetzungsgebotes, unterliegt der Prüfung.

Die auf Erischen des Landtages angestellte Prüfung, ob und in welchem Umfang es angängig ist, daß die Staatsliche Kreditanstalt Kommunaldarlehen in Höhe von 200.000 Mark und mehr verweigert, hat ergeben, daß eine solche Maßregel nicht notwendig ist, da die schon erlossenen Vorrichten ausreichen, um eine übermäßige Rentenprämie der Anstalt für Kommunaldarlehen zu verhindern.

Der zur Berücksichtigung überwiefenen Petition des Vereins der Stationsfüriner und Bahnhofsgesellschaften um Gewährung einer einmaligen außerordentlichen Gehaltszulage von 100 Mark hat aus den wiederholte eingehend mitgeteilten Gründen keine Folge geben werden können.

Ob und inwieweit die Petitionen aus dem Fürstentum Lübeck, betr. die Baulandverteilung des Provinzialrates und des Landesausschusses, berücksichtigt werden können, unterliegt der Prüfung.

Denn durch Annahme des selbständigen Antrages des Abgeordneten Steinbeck gestellten Erischen des Landtages um Einführung einer Baupolizeiordnung für das Fürstentum Lübeck wird holdmäsig durch Erlass einer entsprechenden Regierungsbeflanktmeldung festgegeben werden.

Alle zwischen der Regierung und dem Landtag vereinbarten Gesetze haben die verfassungsmäßige Zustimmung des Landesfürsten erhalten; in erster Linie natürlich das revidierte Gehaltsregulativ. Es wird zuerst aufgehobt.

Auf den einen oder anderen Punkt des Landtagsabschiedes werden wir noch zurückkommen.

Oldenburg. Die Mittel für die Krankenversicherung sind bekanntlich von den Arbeitgebern und den Versicherten aufzubringen, und zwar haben Versicherungspflichtige zwei Drittel, ihr Arbeitgeber ein Drittel der Beiträge zu zahlen. Die Versicherungspflichtigen müssen sich bei der Lohnzahlung ihrer Beitragssteile vom Vorstand abziehen lassen. Die Arbeitgeber dürfen die Beitragssteile nur auf diesem Wege wieder einzahlen. Unklarheit herrscht vielfach über die Rückzahlung von Abhängigen: sind Abhängige für eine Lohnzeit unterblieben, so dürfen sie nach der Reichsversicherungsordnung nur bei der Lohnzahlung für die nächsten Lohnzeit nachgeholt werden, wenn nicht die Beiträge ohne Verhältnis des Arbeitgebers verpaßt entrichtet worden sind; bei Dienstboten gelten Abhängigkeitsblanungen nicht als Lohnzahlungen. Die Beiträge sind bis zur vorstehenden Abmeldung fortzuzahlen. Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und ihren Beschäftigten über die Berechnung und Anrechnung ihrer Beitragssteile für die Krankenversicherung unterliegen fünftig der Entscheidung der Versicherungsämter; Streitigkeiten über die Bezahlung von Eintrittsgeldern sind nicht mehr möglich, da die Erhebung von Eintrittsgeldern nach der Reichsversicherungsordnung nicht mehr gültig ist. Mit dem 1. Januar 1914 tritt deshalb jene Bestimmung des Gewerbegebotsgesetzes des Kaufmannsgerichtsgeboten auf, daß die Beiträge der Kaufmannsgerichtsgeboten auf Kosten der Betriebe, der von den Arbeitern bzw. den Handlungsgesellen oder Handlungsbefehlern zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge und Eintrittsgelder zur Zukunftigkeit der Gewerbegebotsteile bzw. des Kaufmannsgerichts gehörten. Dieser Neuordnung entsprechend müssen auch die Statuten der bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte abgeändert werden.

— Der Schiffsverkehr im hiesigen Hafen gestalte sich nach dem Gemeindeblatt folgendermaßen: Im Monat Februar sind angekommen 15 Segelschiffe und 46 Flussschiffe mit 155 Mann Beladung. Abgegangen sind 17 Segelschiffe und 49 Flussschiffe mit 164 Mann Beladung. Im März sind angekommen: 19 Segelschiffe und 66 Flussschiffe mit 206 Mann Beladung; abgefahren sind 15 Segelschiffe und 61 Flussschiffe mit 186 Mann Beladung. Im Monat April kamen an 23 Segelschiffe und 90 Flussschiffe

mit 30 Mann Beladung; es fuhren ab 21 Segelschiffe und 88 Flussschiffe mit 297 Mann Beladung. Die Ladung der ankommenden Schiffe in den Monaten Februar, März, April betrug 25.002 T. o., der abgehenden Schiffe in dieser Zeit 5.419 Tomen.

— Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für das Fürstentum Lübeck fand am 1. Juni in Ahrensburg statt. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 18 Delegierten; aufwärts waren anwesend drei Mitglieder vom Zentralvorstand, ein Mitglied der Kontrollkommission, Genosse W. Breuer-Niel als Mitglied der Bezirksleitung und Genosse Stelling-Lübeck als Reichstagskandidat. Nach dem Bericht des „Lübecker Volksboten“ ist die Mitgliederzahl etwas zurückgegangen. Während 1912 1144 Genossen und 206 Genossinnen aufzuweisen waren, bestellte sich diese Zahl im Berichtsjahr auf 1076 Genossen und 243 Genossinnen. Gewerkschaftlich Organisierte waren im Berichtsjahr 2177 vorhanden. Zum Teil liegt der Rückgang in einer in mehreren Orten vorhandenen Arbeitslosigkeit, zum Teil in persönlichen Streitigkeiten. An der Hand der Mitgliederzahlen in den einzelnen Orten beprach der Beichterstatthalter die Ursachen des Rückgangs und gab der Erwartung Ausdruck, daß die Genossen alles daran setzen, um die Sache wieder auszubauen. Für die Parteireste ist an mehreren Orten eine rege Agitation entfaltet worden. Die Zahl der Leser des „Volksboten“ stieg von 892 auf 969, der „Arbeiterjugend“ von 33 auf 56, während die „Gleichheit“ Abonnenten von 79 auf 68 zurückgingen. Schrift gefügt wurde im Bericht, daß in einzelnen Orten die Genossen die bürgerliche Presse durch Abonnement und sogar durch Interesse unterstützen. Der Losalmangel macht sich immer mehr fühlbar; die Gegner hoffen, uns durch das Abtreiben von Solaten loszulegen. Der Frauentag wurde durch vier Versammlungen begangen. Gegen den Nähungswohnungswahlrecht protestierten eine Anzahl Versammlungen. Die Gemeindewertertrewohnen brachten uns gute Erfolge. Neu erobert wurden in Ahrensburg 2, in Cuxhaven 3 und Westerstede 2 Mandate. In einer Gemeindewertertreterkonferenz wurde zur Schulfrage und zum Armen- und Waisenwesen Stellung genommen. Die Waisenfrage wurde in Stedeldorf, Schwartau und Cuxhaven durch Arbeitsruhe beendet. Jugendorganisationen bestehen in Stedeldorf und Schwartau, an den gleichen Orten sind auch Kinderkümmerektionen vorhanden. Nach dem Kassenbericht beliefen sich die Einnahmen der Zentralkasse im Geschäftsjahr (1. Juli 1912 bis 31. März 1913) auf 3921,76 M., die Ausgaben auf 3624,76 M., sodass ein Kassenbestand von 297 M. vorhanden ist.

— Elmendorf. Handlungsgesellen und Gehilfen! Der Zentralverband der Handlungsgesellen hat zum Donnerstag abend 9 Uhr nach dem Hotel Sudomino Hotel eine öffentliche Versammlung einberufen. Der Referent, Gauleiter Knop-Hamburg wird einen Vortrag halten über das Thema: Wie kommt es, daß uns im Gegenjahr zur übrigen Bevölkerung immer noch nicht ein freier Zug in der Woche gewährt wird? Wie können wir die völlige Sonntagsarbeit erreichen? Es ist Bild einer jeden Angestellten, männlichen wie weiblichen, in einer wichtigen und aktuellen Versammlung zu erscheinen!

— Rordenham. Zur Vornahme der Impfung bzw. Nachsuche an der in 1901 und 1912 geborenen, in diesem Jahre impfunsfähigen Kinder, sowie die noch impfunsfähigen Kinder aus früheren Jahren sind folgende Termine angelegt: 1. Für den Schulbezirk Ahaus in Bitters Galathaus zur Impfung auf Montag den 23. Juni, nachmittags 4 Uhr und zur Nachsuche auf Montag den 30. Juni, nachmittags 4 Uhr. 2. In der Südstraße für sämtliche Biederimpflinge der Stadtgemeinde Rordenham, außer Ahaus, zur Impfung auf Dienstag den 24. Juni, nachmittags 4 Uhr; zur Nachsuche auf Dienstag den 1. Juli, nachmittags 4 Uhr. 3. Für die Schulbezirke Südstraße und Hafensiedlung

für einige Stunden Arbeit fände. Sie sah auf und sah neugierig in sein lüches Gesicht, verstand ihn nicht ganz, rückte ein wenig zur Seite und sogte mit der bedächtigen Ruhe des Alters: „Seh' dich und erzähl mir, was du von mir willst.“

Er muhte sich also lehnen, und erzählte kurz und deutlich, wobei er immer auf seine linke Schulter, wie er schwimmbar wäre und Arbeit finde. Es wurde ihm nicht so fauer, es ist ihr zu sagen, daß sie ihm mit ihrer kurzen dunklen Haare so wunderlich erschien, so als wenn sie eine Rotkäppchen-Großmutter wäre, oder sonst irgendeine Person, die mit dieser Zeit und Rot nichts mehr zu schaffen hätte. Sie stritte indes ruhig fort und sah nur dann und wann auf und nach dem Ende des Weges, als erwarte sie jemanden. „Hast du denn keine Eltern mehr?“ fragte sie.

Er sagte, daß die Mutter eben gestorben, der Vater aber als junger Mann, ebenso wie früher der Großvater, auf einem Hollmannschiff gelebt haben würde. „Der Großvater hat lange für die Hollmanns gefahren.“

„So, so,“ loge sie. „Beide auf Hollmannschiffen geblieben! Ja, ja . . . die haben viele Menschen um ihr Leben gebracht! Ja . . . ja! Aber was können sie dafür? Der eine Mensch hat diese Natur, der andere jene. Unter Hergott muss mit ihnen allen auskommen; denn müssen wir es auch.“

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Karl Schubert: *Tiroler Bauerndidwanse*. In der Sammlung der Südtiroler-Bücher ist ein neuer Band erschienen. Das Buch bringt fünfzehn Tiroler-Schätzungen aus der Feder des bekannten Schriftstellers. Die Gedichte sind nicht neu, ja, wie der Verfasser in seiner Vorrede sagt, bereits vor zwanzig Jahren. Dennoch haben sie nichts verloren an Frische und Fröhlichkeit und in die Zusammenfassung der lustigen Geschichten in einem lustigen Andeck ebenso zu begeistern, wie seinerzeit die Thomas-Ausgabe. Wer hat ein paar frohe Stunden des geladenen Humors verschaffen will, der darf die netten Sagen des gelehrten Dichters lesen. Das Buch kostet 1 Mark.



in der Südschule für Erstimpflinge zur Impfung auf Donnerstag den 26. Juni, nachmittags 4 Uhr, und zur Nachschau auf Donnerstag den 3. Juli, nachmittags 4 Uhr. 4. Für den Schulbesitz Nordenham-Ried in der Rödelschule für die Erstimpflinge zur Impfung am Freitag den 27. Juni, nachmittags 4 Uhr, und zur Nachschau am Freitag den 4. Juli, nachmittags 4 Uhr. An diesen Terminen wird Herr Dr. med. Buba die Impfung unentgeltlich vornehmen und werden die Eltern durch Pflegeltern und Vormünder der Impflinge, welche nicht verzeihen und die Kinder durch einen Privatärzt impfen lassen, aufgefordert, die impflichtigen Kinder in den vorstehenden Terminen zur Impfung bzw. Nachschau zu stellen.

Brake. Die Schulbaufrage hat den Stadtrat in seiner letzten Sitzung lebhaft beschäftigt. Es war die Frage zu entscheiden, ob in Brake eine achtklassige Volkschule oder je eine vierklassige in Brake und Bovwieden errichtet werden sollte. Zu dem Auschluß, der für die Errichtung der Angelegenheit niedergelegt war, fand sich eine Mehrheit für den Bau einer achtklassigen Schule in Brake. Im Stadtrat drang die Mehrheit aber nicht durch und wurde sie zu einer Minorität. Der Stadtrat beschloß, zwei Schulen mit je vier Klassen zu bauen. Unsere Parteigenossen im Stadtrat stimmten, wie vorausgesetzt werden mußte, für die achtklassige Schule.

Enden. Die monatliche Kartellsitzung findet am Freitag statt. Die Delegierten seien an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht.

Aus aller Welt.

Prozeß Kwiecki oder die Seeschlange. In dem langwierigen Rechtsstreit der Baumwollseefrau Cecilia Meyer aus Galizien gegen den Großen Kwiecki, der jetzt in Breslau lebt, wobei der Herkunft des jungen Großen Kwiecki, ist gestern die Klägerin, die behauptet hatte, daß der junge Graf mit ihrem unehelich geborenen Sohn identisch sei und auf Anerkennung dieses Redetes hoffe, von der zweiten Bismarckammer des Breslauer Landgerichts festgestellt worden.

Ein Eidesbrüder der Arbeitswilligen. Zu dem Prozeß des Maurermeisters W. Weißer in Halle a. S., über dessen Selbstmordversuch wie gehörig berichtet, wird noch gemeldet: Vor dem Hallenser Schwurgericht hatte sich Weißer, der in vielen Streitprozessen ähnlich der letzten Bauarbeiterkämpfe gegen eine große Anzahl Bauarbeiter als schwurkräftiger Zeuge auftrat und dadurch viele Familienväter ungünstig machte, wegen Verleitung zum Weinbau, Betrug, Uerhundsführung usw., zu verantworten. Mit Weißer sind auch dessen Frau und Tochter in die Affäre hineingesogen und noch 9 weitere Personen unter Anklage gestellt worden. Weißer, der durch seine Arbeitswilligkeitsdienste Polizei wurde, dann Arbeitswilligenagent, trat als permanenter Schwurzeuge gegen Streitende auf. In seiner schnellen Narration erkannte er schließlich zum Maurermeister. Wo er als Verleiterin gegen Streitende auftrat, wurden alle Entlastungsversuche gegen den Hintergrund gestellt. Weißer hatte im Bauschaden einen großen Sicherheit und Heftigkeit erlangt, so daß er u. a. von einem Blaugumminenbauern eine Forderung von 20.000 Mark zugeschworen und andere zum Wirtschaften verleitet haben soll. Das auf diese betrügerische Weise erworbenen Geld soll der Arbeitswilligenfreund in Anreihen mit Domenbedienung verjubelt haben. Bei der Ausplünderung des Blaugumminenbauers rückte W. mit nicht weniger als 9 eideskräftigen Verbrechern ins Gericht an. Der Geschädigte batte, bevor er sich mit Weißer einließ, 100.000 Mark gegeben, jetzt befürchtet er nur noch 11.000 Mark. In der Beweisaufnahme wurde von Polizeibeamten hervorgehoben, daß W. in den Jahren von 1904–1905 und später (nur seit dem Streit) ein sehr arbeitswilliger und ehrbarer Mann gewesen sei, der der Polizei stets gefolgt war. Sobald die Polizei etwas wünschte, sei er bereit gewesen.

Bekanntmachung.

Der freigestellte Gebäudeplan für die Steinwohnungs-Anlage bei der Rüstringer Brücke liegt vom 11. bis einschl. 24. 8. Mts. im Rathaus Gedächtnishalle, Zimmer 7, zu jedermann's Einsicht öffentlich aus.

Rüstringen, den 11. Juni 1913.

Stadtmaistrat.

Dr. Lueken.

Bekanntmachung.

Die Arbeiten zur Herstellung eines Stuhls am Schützenhof sollen verzögert werden. Die Unterlagen sind in der Bauverwaltung für 1. Mai erledigt.

Verstüffeltes Angebot mit entsprechender Aussicht verzeichnen, sind bis zum 17. d. M., mittags 12 Uhr, dort einzureichen und werden in Gegenwart der erschienenen Biete geöffnet.

Rüstringen, den 10. Juni 1913.

Stadtmaistrat.

Dr. Lueken.

Verkauf.

Werkshändler S. Freis zu Rüstringen lädt am

Freitag den 13. d. M.,
nachm. 2 Uhr anfangend
in und bei Johann Jägers Gart-
wirtschaft zu Rüstringen, Brei-
Vasenmarktstraße



ca. 20 Stück starke

Arbeits-Pferde
vorunter Oldenburger,
Dänen und Russen,
sowie

40 bis 50 Stück
große und kleine

Schweine

mit Zahlungsschein öffentlich meist-
bietet verkaufen.

Rüstringen, 6. Juni 1913.

H. Gerdts
amt. Auktionsator.

Guterhantener Sportwagen
Bauschule
Rastede (Oldb.)
Meist- u. Polier-
kurse. Vollständig
Ausbildung in 5
Monaten. Aus-
Programme frei.
mit Gummirädern billig zu ver-
kaufen. Siedebetriebs! 22. II. L.
Liebhabers.

wesen. Als der Staatsanwalt gegen ihn 8 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Fahrverbot beantragte, bewußte er wie ein Schloßhund und meinte, er habe doch früher derartige gute Leistungen vollbracht, doch gönne Halle auf ihn gleichzeitig habe. Mit Gottes Hilfe erwarte er ein mildes Urteil. Er wurde zu 5 Jahren Zuchthaus mit Nebenkosten verurteilt. Achtkonigssäge erhielten 3 Jahre 3 Monate Gefängnis. — In den nächsten Tagen stehen noch weitere Meineidprozesse gegen Weißer und ein Dutzend von ihm verführte Personen zur Verhandlung an.

Vom Schulfal erreicht. Spät von seinem Schuhhol erreicht wurde der Sattler Franz Kuhn aus Rothenburg i. B., der vor drei Jahren im Rentamt bei Leipzig ein Liebespaar beläuft und von ihm Geld verlangt hat mit der Drohung, daß er das Mädchen sonst zur Polizei schaffen würde. Als sich die beiden Liebesleute weigerten, mitzugeben oder Geld zu geben, schlug der Mensch auf sie ein und bedrohte sie mit Erböschen. Kuhn, dem man durch die Erörterungen des nächsten Herbstes auf das Liebespaar ein Aufsehen auf die Seite sam, wurde in Hof genommen.

Feuerbrunst in New York. Anschließend an unsere geistige Wellung erfahren wir noch: Drei gewaltige Feuerbrunst haben in New York genützt und einen Schaden von über zehn Millionen Dollar angerichtet. Eines dieser Feuer dehnte sich über fünf Gebäudekomplexe aus, die nicht bewohnt waren. Ein anderes Feuer verzehrte zwei Fabriken, und schließlich wurde auch ein östlich verdeckt verdeckt. Menschenleben gingen bei diesen Bränden nicht zugrunde. Wohl aber brach in dem großen Gebäudekomplex unter den Bewohnern eine furchtbare Panik aus, da sie in dem Feuer sich zu retten, teils aus den Fenstern sprangen, teils wie wahnhaft die Treppen hinabstiegen. Dabei wurden über 50 Personen schwer verletzt. Die Bewohner des Viertels sind zum größten Teil Italiener, Slaven und Griechen.

kleine Tagesschau. Der französische Flieger Grindeljouz ließ gestern morgen 5 Uhr in Paris auf und landete um 12 Uhr in Adenauenthal bei Berlin. Er braucht offen für diese Ausflug nur sieben Stunden. Durch ein Dreieckstotentat ist in der letzten Nacht auf der Potsdamer Chaussee ein Chauffeur in großer Gefahr geraten. Er fuhr in der Dunkelheit mit loderndem Gewebe gegen ein in ungefähr zwei Meter Höhe zwischen den Blumen über die Straße gehauenes Dreieck, daß der Fahrt weggerissen wurde. Der Chauffeur selbst kam ohne Verletzung davon. — Die Berliner Morgenblätter melden aus Balfbau: Die Erzbischöfliche Post Neuhausen ist fast gänzlich niedergebrannt. — Durch die Gewalt des Sturmes wurde gestern mittag an dem Schuhfachgeschäft Chausseestraße 6 ein Dach zerstört. — Durch einen starken Sturm, der gestern nachts aufsetzte, wurde ein großer Teil des Hauses zerstört und in das Erdgeschoss. Große Schäden an den nächsten Häusern, wurden mehr oder weniger erheblich verletzt. Die Studenten Robert Frost aus Göttingen und Otto Stoebel aus Hamburg, die am Sonnabend früh eine Bootsfahrt im See bei Norderney unternahmen, werden seitdem vermisst. Ihr Boot ist am Markttagen beide leer angetroffen. Beide sind wahrscheinlich ertrunken. — In Helgoland verschwand gestern abend schwerer Westwindsturm. Das ältere Gepräge der neuen Hafenmauer des Kreisbahnhofs ist von den Wogen weggeschwemmt. Der Sturm hält noch an. — In der Nähe von Enzersdorf in Wien ereignete sich ein schwerer Fliegerunfall. Der Pilot Franz Weibel wurde kurz vor einer 1000' erfolgt und aus beträchtlicher Höhe zu Boden geschleudert. Mit schweren Verletzungen wurde er in ein Spital gebracht, wo er kurz nach der Geliefertung starb. — In Grenoble (Frankreich) wurden durch den Einzug eines Regiments zwei Männer getötet, vier weitere wurden lebensgefährlich verletzt. — In Paris ereignete sich der gelegene Verfehlung des kleinen Steingrabs das Werk mit 8 cm und 12 cm. Einzelne Teile des Toilettens den Wert von 100.000 Francs. Räuber waren bekannt Londoner Bankräuber-Duo. Bei dem Verluste, ein kleiner Teil der Stadt von Porto Rico in Urdiaza (Altmarcas) lag, wurden durch die vorzeitige Explosion eines Minen-Basisfelds getötet und drei andere schwer verletzt. — Wie die Londoner Admiralität bekannt gibt, sankte am Montag während eines Wettkampfs bei Bangor ein Boot, das zum ersten Schlachtfeldgeschwader gehört. Ein Offizier und ein Mann ertranken.

Vermischtes.

Wer beschützt den lieben Gott? Man schreibt der "Frankfurter Zeitung": Der liebe Gott solle noch allgemeine Auflösung einen besonderen Schutz nicht nötig haben, aber er schaue seine Stellung auf der Erde doch nicht mehr für so ganz sicher zu halten. Und da Deutschland in letzter Zeit so mächtig geworden ist und in ganz unantastbare Erhabenheit dem Rufe der Völker vorsieht, hat sich der liebe Gott nicht lange bekannt und sich unter den Schutz Ihrer Majestät der Deutschen Kaiserin gestellt. Ein neuer Erfolg der deutschen Staatskunst? O nein, nur ein Schnitt des gedankenlosen Sprachgebrauchs. Generalleutnant z. D. v. Ammon, Vorsitzender des Evangelisch-Lutherischen Hilfsvereins, hat am Dienstag folgendes der Kaiserin drastisch zu hören gelegt:

Unter dem sicheren Schutz Eurer Majestät Gott und Gott der Herr nummer 25 Jahre lang den Evangelisch-Lutherischen Hilfsverein zu nachvolleriger Entwicklung auf den Arbeitsgebieten christlicher Nächstenliebe geführt.

Ja, ja, deutsch sprech schwierig sprach!

Ein neues Dogma. Dem "Corriere della Sera" zufolge hat der Papst die Absicht, binnen Kurzem ein neues Dogma zu proklamieren, nämlich das der Himmelfahrt der Jungfrau Maria. Bis jetzt erachtet die Kirche es nicht als feierlich, an der Himmelfahrt der Mutter Gottes zu zweifeln; stattdessen wird der Glaube zu den Grundwahrheiten der katholischen Kirche gehalten, Kraft seiner Unfehlbarkeit kann der Papst die Zahl der Grundwahrheiten der Kirche beliebig vermehren. Im Dezember 1854 proklamierte Pius IX. das Dogma der unbefleckten Empfängnis, im Jahre 1870, kurz vor dem Fall der weltlichen Herrschaft des Papstes, wurde die päpstliche Unfehlbarkeit zum Dogma erhoben. Seit 43 Jahren hat man kein neues Dogma mehr proklamiert; da oben einmal ein neues fällig ist, kann es ebensofolgt die Himmelfahrt Marias betreffen, wie andere Dinge, solange es sich nur um Geschichten handelt, bei denen niemand dabei sein konnte. Mit offiziellen Tingen, so namentlich mit der eigenen Unfehlbarkeits-Erläuterung hat das Papsttum jedoch gehabt.

Versammlungs-Kalender.

Donnerstag, den 12. Juni.

Rüstringen-Wilhelmshaven

Metallarbeiter-Verein (Altmünster). Abends 8 1/2 Uhr bei Halmeland. Freier Gottesdienst-Orden, Loge Rüstringen. Abends 8 1/2 Uhr im Bremer Schlüssel.

Bräte.

Arbeiter-Gesangsverein Frohlimm. Abends 8 1/2 Uhr bei G. Janzen. Freitag, den 13. Juni.

Sande.

Freie Turnerschaft Sande. Abends 8 1/2 Uhr bei J. Rohrs.

Bräte.

Gemeinde- u. Staatsarbeiterverband. Abends 8 1/2 Uhr bei D. Osterloh.

Schiffahrt-Nachrichten.

Vom 10. Juni.

Telexgramme des Norddeutschen Lloyd.

Wolfsburg, nach Australien, heute ab Brunsbüttel. Wolfsburg, nach Amerika, gestern dorthin gefahren. Wolfsburg, nach Australien, gestern Teneriffa passiert.

Wolfsburg, nach dem La Plata, gestern von der Weser ab. Schneid, Kroupt, Bild, von New York, gestern ab Cherbourg.

Wolfsburg, nach New York, gestern von der Weser ab. Schneid, Bild, nach Australien, gestern von Southampton.

Wolfsburg, Nevada, nach New York, gestern Lizard passiert.

Wolfsburg, Nevada, nach Fremantle an. Wolfsburg, Westküste, nach Australien, gestern Fremantle an.

Hochwasser.

Donnerstag, 12. Juni: vormittags 6 40, nachmittags 6 55

Möbel!

Vom 10. Juni.

Eine Schloßimmer, getrennt, eine Küche, Naturholz, ein Wohnzimmer, alle drei Zimmer sind vollständig eingerichtet und noch garniert gebracht. Da ich die Möbel in Zahlung erhalten habe, kann ich die gleichen billig verkaufen.

Franz Adenauer,

Schillerstraße 18, 2. Etg. 1.

Guterhalter Kinderwagen

zu verkaufen (4 Mart).

Lübeck, Ulmenstraße 38, part.

Strickmaschinen

all. Systeme m. & 30-50 Anzahl.

Aut. f. Kirsch, Braun-farbige

Ortsfrankenstein

für den

Amtsbezirk Butjadingen

Nordenham.

Gesucht zum 1. Juli d. J. ein

Bürogehilfe.

Streicher, Rechnen, gute Handlichkeit und Kenntnisse im Rechnen erforderlich. Gehalt nach Vereinbarung. Anschrift: A. Schröder, Wilhelmstraße 13, 3 Et. r.

Gesetzlich vorgeschriebene

Tafeln zur Eintragung

der Überarbeit

in den Werkstätten der Kleider- und Wascherei

zu haben bei

Paul Hug & Co.

Holzrouleur

Salontisch, Rollmöbel, in verschied. Mustern und Preislisten aus der ältest. u. bestens geeigneten Holzsort.

Eduard Dittmann

Guthandlung, Mitholzstrasse 20.

Nordenham.

Sotheby, Parke, Böhmenstraße 18, 14.

Gerhard Harms, Ludwigstraße 14.

